

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltete Postzeitung oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 256.

Montag, den 1. November 1920.

27. Jahrg.

Die Wahlen in Schweden.

Von Nils-Karleby (Stockholm).

Der nachfolgende Bericht schildert den Wahlausgang, der zum Rücktritt des Ministeriums Branting geführt hat. Er ist wegen der Beleuchtung der Wirkungen der kommunistischen Politik, die die Arbeiter spaltet und den Bürgerlichen Nutzen bringt, auch sonst mit Nutzen zu lesen.

Die jetzt abgeschlossenen Wahlen in Schweden zeigen einen Zug nach rechts. Die Stärke der konservativen Parteien und der Bauernparteien ist gewachsen auf Kosten der liberalen und sozialistischen Parteien. Indessen darf die Bedeutung dieser Schwächung nicht überschätzt werden. Ihre Ursache liegt hauptsächlich in einer verminderten Wahlbeteiligung, die die Stimmzahl der linken Parteien im Verhältnis zu denen der Rechten vermindert hat, ohne daß die Stimmen der Rechten wesentlich zugenommen haben. Im ganzen nahmen nur 660 000 Stimmberechtigte an den Wahlen teil, gegenüber 740 000 im Jahre 1917. Von diesen wählten 183 853 Konservative gegen 182 070 im Jahre 1917. Also kann von einer eigentlichen Zunahme der Konservativen nicht gesprochen werden.

Die Liberalen erhielten jetzt 143 767 Stimmen gegen 202 936 im Jahre 1917, die Sozialdemokraten 196 036 gegen 228 777, die Linksozialisten (Bolschewiki) 42 599 gegen 59 243 und die Bauernparteien 92 166 gegen 91 921. Eine wesentliche Zunahme haben also nur die Bauernparteien aufzuweisen, und welche politischen Wirkungen diese Zunahme haben wird, ist bei der Unklarheit dieser geschwärmelten Klassenbewegung schwer zu beurteilen. Im allgemeinen kann man wohl annehmen, daß die Bauernparteien etwas konservativer als die eigentlichen Liberalen sind. Aber andererseits darf man nicht unberücksichtigt lassen, daß sie für gewisse Eingriffe gegen den Kapitalismus, besonders im Bankwesen, mindestens ebenso sehr wie die Liberalen zu haben sind.

Prozentual haben die Konservativen einen Zuwachs von 1 Prozent und die Bauernparteien von 48,9 Prozent zu verzeichnen, die Sozialdemokraten einen Rückgang von 14,81, die Liberalen von 29,15 und die Bolschewiki von 28,09 Prozent. Von sämtlichen abgegebenen Stimmen verfügen die Sozialdemokraten über 29,77 Prozent gegen 31,08 Prozent im Jahre 1917 und sind damit noch immer die stärkste Partei sowohl im Lande als auch im Reichstag. Die Liberalen verfügen über 22 Prozent gegen 27 Prozent, die Bauernparteien über 14 gegen 8,42 und die Bolschewiki über 6,46 gegen 8,05. Im Reichstag werden die Sozialdemokraten 76 Mandate gegen bisher 86 haben, die Liberalen 47 gegen 62, die Konservativen 72 gegen 58, die Bauernparteien 28 gegen 13 und die Bolschewiki 7 gegen 11.

Wozin liegt nun die Ursache dieses Rückganges der Stimmzahl auf der linken Seite, deren Wirkung eine bedeutende Stärkung der konservativen Kräfte ist?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich zuerst daran erinnern, unter welchen besonderen Umständen die Wahlen von 1917 vor sich gingen. Die Wahlen waren entscheidend für den Frieden und die Neutralität Schwedens im Weltkrieg wie auch für seine handelspolitische Neuorientierung, die von größter Bedeutung für die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln während des Krieges war. Die konservative Regierung hatte eine Politik getrieben, die zwar äußerlich neutral war, jedoch von den damals in Deutschland herrschenden Mächten sehr beeinflusst wurde und die Stellung des Landes im internationalen Verkehr aufs schwerste bedrohte. Gegen diese Regierung und diese Politik erhob sich das schwedische Volk. Die Wahlen von 1917 führten einen riesigen Rückgang der Konservativen herbei. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Wahlbeteiligung unter diesen Umständen sehr rege sein mußte, ebenso, daß der Linken eine ganze Anzahl von Stimmen zufiel, die in sozialer Hinsicht eigentlich der Rechten zugehörten. Jetzt, wo sich die Verhältnisse geändert haben, wo diese große Spannung nicht mehr besteht, ist es nur natürlich, daß wieder eine gewisse Schwächung nach rechts eintritt. Man darf sich sogar wundern, daß sich diese Schwächung nicht in einer nennenswerten Zunahme der Stimmzahl der konservativen Partei äußert hat, sondern nur in einer verminderten Wahlbeteiligung auf der linken Seite.

Durch die Initiative der sozialdemokratischen Regierung ist die Sozialisierungsfrage in Fluß gebracht worden. Noch liegen aber keine fertigen Vorschläge vor. Die Kommissionen arbeiten. Die Sozialdemokratie konnte deshalb bestimmte Sozialisierungsmaßnahmen zur Wahlparole noch nicht machen, sondern nur die Sozialisierung im allgemeinen. Andererseits hatte die Sozialisierung den bürgerlichen Parteien einen großen Schreck eingejagt, und mit Hilfe einer heftigen Propaganda suchte man das Land gegen die Sozialisierung mobil zu machen. Für die Konservativen war also der Wahlkampf wegen der drohenden Sozialisierung ebenso ernst wie im Jahre 1917. Da es den Bürgerlichen trotzdem nicht gelang, der Sozialdemokratie eine eigentliche Wahlniederlage zu bringen, und daß insbesondere die Kon-

servativen ihre Stimmzahl nicht wesentlich erhöhen konnten, ist ein Beweis dafür, daß der sozialistische Gedanke in dem schwedischen Volk feste Wurzeln geschlagen hat. Zweifellos wird der zufällige Rückgang nach rechts schon im nächsten Jahre wieder gutgemacht werden. Zu beachten ist, daß auch die liberale Partei eine heftige Propaganda gegen die Sozialisierung betrieb, die den Weg für die Konservativen ebnete. Diese Propaganda hat aber klar gemacht, daß auf die Liberalen als eine Stütze für den weiteren Fortschritt im Sinne der sozialen Demokratie fürs erste nicht zu rechnen ist, was zugleich das Ende des Gedankens an eine Koalition zwischen ihnen und den Sozialdemokraten bedeutet. Denn die Sozialdemokratie hat immer betont, daß sie zwar gegen eine Koalition prinzipiell nichts einzuwenden hat; die Bedingung aber ist, daß eine der Entwicklung wirklich entsprechende Politik geführt werde.

Eine sehr klägliche Rolle haben die Bolschewiki gespielt. Vor den Wahlen hatten sie in ihren Zeitungen täglich große Fortschritte prophezeit, ihre Stimmzahl sollte wenigstens verdoppelt werden. Statt dessen trat ein Rückgang ein, der sie in ganz Süd- und Mittelschweden politisch bedeutungslos machte und ihnen nur in Nordschweden einige Mandate ließ. In einem einzigen Kreis, in Dalarna, ihrer Hochburg, verloren sie ihre beiden Mandate. In Stockholm, wo die beiden Hauptführer Höglund und Ström kandidierten, gingen sie auch erheblich zurück und erhielten keine Mandate. Ohne Zweifel hat die immer ausgesprochenere Annäherung der Parteileitung an Moskau die Niederlage herbeigeführt. Die Moskauer Bedingungen wurden ein paar Wochen vor den Wahlen veröffentlicht (allerdings nicht in den bolschewistischen Zeitungen, die sich davor fürchteten). Diese Bedingungen bedeuten einen wirklichen Todesstoß für den schwedischen

„Linksozialismus“. Diese Partei ist nämlich als eine demokratisch-pazifistische Partei mit dem Stockholmer Bürgermeister und Humanisten Lindhagen als Symbol geschaffen worden. Als eine solche hat sie einen gewissen Anreiz gefunden. Da es sich aber nun herausstellt, daß die Partei verpflichtet ist, eine ganz andere und für Schweden unmögliche Taktik einzuschlagen, folgen die bisherigen Anhänger nicht weiter mit. Tatsächlich ist von den gewählten sieben Reichstagsabgeordneten kein einziger Kommunist im bolschewistischen Sinne des Wortes; einige von ihnen haben sich sogar sehr scharf gegen die bolschewistischen Methoden ausgesprochen. Vielleicht werden sie die „Ausnahmen“ Moskaus auf sich anwenden können; sonst müssen sie sicher binnen kurzem wegen nichtbolschewistischer Anschauungen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Das Auftreten der Bolschewiki als eine selbständige Partei hat die Wirkung gehabt, daß direkt wenigstens sieben Mandate im Reichstag für die Arbeiter verloren gegangen sind, die jetzt den Bürgerlichen zugute kommen. Diese Lehre werden die Arbeiter Schwedens so bald nicht vergessen. Selbstverständlich haben auch die Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie die Wirkung gehabt, große Kreise politisch indifferent oder feindselig gegen jeden Sozialismus zu machen. So hatten in dem vorhin erwähnten Kreise, in dem die Bolschewiki jetzt ihre beiden Mandate verloren haben, vor der Parteispaltung die Arbeiter zwei Sitze; bei den ersten Wahlen nach der Spaltung behielten die Linksozialisten unter der Fahne des Lindhagenschen Humanismus die Mandate, jetzt jedoch, nachdem die Partei bolschewistisch geworden ist, gehen die Leute ihren Weg und stimmen in erheblicher Anzahl mit — der Bauernpartei. Das ist eine Saat, die sicher nicht als eine Saat für den Sozialismus angesehen werden kann.

Die politische Aussprache.

Vierter Tag.

Die schon drei Tage währende Debatte über die Regierungserklärung nahm auch den ganzen Sonnabend in Anspruch und ist noch nicht zu Ende. Sonnabend haben noch verschiedene Parteien überhaupt nicht gesprochen, und dann wird von jeder Partei nochmals ein zweiter Redner das schon Gesagte wiederholen.

Sonnabend vernahm man die demokratische Meinung — von einer eigenen Meinung kann man eigentlich nicht gut sprechen. Herr Schiffer verappte einen inhaltlosen Quart, verbeugte sich vor der Deutschen Volkspartei — wobei er mit dem rechten Auge zu den Deutschnationalen blinzelte — machte dem Zentrumsführer Trimborn seine Reverenz, verbeugte sich auch ein paarmal vor den Sozialdemokraten und nur die äußerste Linke straffte er mit Verachtung. Worauf es ihm aber ankam, zeigte sich recht klar, als er kurz und bündig erklärte, daß für die Demokratische Partei in der Frage der Sozialisierung der Bergwerke weder der Vorschlag I (Rebeter), noch der Vorschlag II (Rathenau) in Betracht käme. Man sieht daraus, daß dieser Auch-Demokrat mit dem echten Demokraten Rathenau bedeutend weniger gemein hat, als mit seinem unvergeßlichen Freund Stresemann. Man merkt schon jetzt in der Sozialisierungsfrage die Willenslinie der bürgerlichen Parteien, die sich in Richtung der Freitag von der Deutschen Volkspartei vorgetragenen Wirtschaftskörpern in Form der Aktiengesellschaft bewegt.

Sind somit die neuen Mittel, die Herr Schiffer weiß, nur Mittelchen, so brachte auch die Rede des Neu-Kommunisten Däumig wenig Positives. Recht hatte er ja in seiner deutlichen Ablehnung dieser Unternehmerorschläge, aber er schloß in kommunistischer Wildheit weit über das Ziel hinaus, wenn er die Sozialisierung als solche überhaupt ablehnte, um sich nur mit dem vollen Sozialismus zufriedengeben zu wollen. Däumig beweist damit nur, daß er noch nicht die Grundgesetze aller Entwicklung kennt, wonach es weder in der Natur, noch im Reiche der Wirtschaft und der Kultur grundlose Riesen sprünge gibt, sondern ein langsames Auseinanderfügen von Einzelheiten, bis endlich eine gewisse Höhe erreicht ist.

Genosse Müller rechnete in langer Rede besonders mit den gegen die Rede Scheidemanns erhobenen Einwürfen ab, die ganz besonders von deutschnationaler Seite gegen seine antichauvinistischen Ausführungen und gegen seine Angriffe gegen die Reichswehr gemacht wurden. Selten ward ein besseres Wort gefunden, als wenn Müller sagt, daß die zur Revision des Friedensvertrages notwendige Vorbedingung sei, der Geist des Völkerbundes in Deutschland zu verankern. Scharf geriet er mit Herrn Gehler aneinander, als dieser bei den sensationellen Enthüllungen über den Uebertritt geschlossener bewaffneter Verbände nach Litauen dem Genossen Müller zurief: „Sie sagen das wohl für die Entente!“ Kann es einen Reichswehrminister geben, der blinder und — in diesem Falle — unverantwortlicher handelt, als Herr Gehler? Genosse Müller blieb ihm auch nichts schuldig. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft diesen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet, denn auf die heutige Regierung ist darin nicht unbedingt Verlaß. Auf

die ängstliche Frage des Herrn Trimborn, ob die böse Sozialdemokratie der armen Regierung wohl den Lebensfaden abspinnen wolle, gab Genosse Müller heute noch tröstende Antwort, die allerdings von Ironie scharf gewürzt ist: „Wir wollen erst der Deutschen Volkspartei Gelegenheit geben, ihr Wiederaufbauprogramm zu probieren. Was nach dieser Bemühungsfrist ist, werden wir dann schon sehen!“ Die bürgerliche Koalition atmete noch einmal auf und freute sich der Galgenfrist. Wie sie enden wird, kann man sich nach dem Wiederaufbauprogramm der Deutschen Volkspartei wohl vorstellen, und auch die Regierung wird Phantastie genug haben, sich das ausmalen zu können.

25. Sitzung. Sonnabend, den 30. Oktober 1920, 10 Uhr vorm.
Am Regierungstisch: Fehrenbach, Dr. Simons, Dr. Gehler.

Der Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 10.20 Uhr.
Abg. Schiffer (Dem.): Wir müssen jede Gelegenheit benutzen, um immer wieder aufs neue Verwahrung gegen den Versaillesvertrag einzulegen. Das Unrecht, das in ihm verkörpert ist, muß immer wieder gekennzeichnet und unseren Volksmassen gewissermaßen eingehämmert werden. (Beifall bei den Demokraten.) Daß Wilson an seinen 14 Punkten nicht festgehalten hat, ist ein Verbrechen nicht nur an uns, sondern auch an der ganzen Welt. Das Betrübliche aber ist, daß der Geist der Gewalt und des Unrechtes noch immer nicht aufgegeben ist. Wir haben ein urkundliches Recht auf die Abrüstung der Mächten, das im Friedensvertrage niedergelegt ist. Mit Recht wartet der Reichskanzler darauf, daß die angekündigte Absicht in die Tat umgesetzt wird. Auch auf die Revision des Vertrages haben wir nicht nur ein moralisches, sondern auch ein urkundliches Recht auf Grund der Mandatnote. Leider bestehen immer noch allzu geringe Hoffnungen dafür, daß die Entente für das Recht sich in der Welt durchsetzt. Der Völkerbund ist zum Geißel der Welt geworden. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Englands innere Politik ist durch die Arbeiterbewegung aufs schwerste belastet. Eine Schadenfreude ist durchaus nicht angebracht, denn wir haben kein Interesse an der Hemmung der Weltproduktion. Scheidemann sprach von vernünftiger Sozialisierung. Es gibt also eine unvernünftige. Ich nehme an, daß Herr Scheidemann in seinem staatsmännischen Sozialisierungs betont hat. Beim Betriebsrätegesetz haben wir ja Wertwütiges erlebt. Zu erwägen ist eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Kohlenbergbau. Die beiden Sozialisierungsorschläge würden nur zu einer starren Bureaupolitik des Wirtschaftslebens führen. Wir werden von unserem Gesichtspunkte aus an die Prüfung des Problems herantreten, daß die freie Initiative nicht vernichtet wird. Die Frage des Achtstundentages muß überprüft werden. Nur wenn eine Förderung der Produktion damit erreicht wird, ist die Ertragssteigerung wirklich eine solche. Sonst werden die Arbeiter selbst geschädigt. Das Schlichtungsgesetz muß unbedingt bald kommen, um die vererblichen wilden Streiks zu verhindern. Leider werden immer nur Ertragwägungen angestellt, aber es fehlt die Entschädigung. Der Übergang zur freien Wirtschaft ist sehr schwer. Wir müssen ihn aber durchmachen. Der Preisabbau allgemein kann erst einsetzen und damit der Lohnabbau, wenn genügend Güter erzeugt werden. Der Mechanismus unserer Steuergesetzgebung hat bisher verlagert. Wir sind der württembergischen Regierung dankbar für die Entschlossenheit, mit der sie das Gesetz wahrte. Die Massen freilich hatten Misstrauen, weil bei ihnen angefangen wurde und bei den anderen nichts geschah. Da hätte man beruhigend einwirken

müssen. Freilich, die Steuergesetzgebung hat Formen angenommen, die unverständlich wirken. Hier muß eine Entlastung der Beamten eintreten. Ist es nicht möglich im Schoße organisierter Wirtschaftskreise ohne Aufreibung eines großen Apparates dem Staat das an Steuern einzubringen, was er bedarf? Der Reichsfinanzminister darf nicht dadurch in seiner Stellung geschwächt werden, daß man versucht, hinterherum durch Reichstag und Reichsrat das wieder zu erreichen, was er abgelehnt hat. Wir verlangen, daß wir über die Tätigkeit des Finanzministers immer auf dem Laufenden gehalten werden. Beim Wirtschaftsministerium könnte sich der Finanzminister die ersten Sporen verdienen. Unheimlich ist die Organisationskraft des Beamtentums. Die Arbeit wird durch die viele Schreibeerei und Rechnerei nur erschwert. Es soll ja ein Ausschuss eingehend sein zur Prüfung der Vereinfachung der Verwaltung. Aber von seiner Tätigkeit habe ich noch nichts gehört. Auch eine Reform der Rechtspflege ist nötig. Sie muß vereinfacht werden und volkswirtschaftlicher. Aufgabe der deutschen Regierung ist es, deutschen Geist und deutsches Wesen zu wahren und Gedanken ins Leben zu rufen, die dazu beitragen können, daß die Welt von schweren Leiden geneset. (Beifall bei den Dem.)

Ug. Düumig (links Unabh. Soz.): Die Ministerreden haben zum Ausdruck gebracht, daß wir am Rande des Abgrundes stehen. Auch wir werden alles tun, um den Versailler Vertrag ungeschädlich zu machen. Die Streiks in England und Frankreich sind Sturmzeichen. Wir wollen nicht Sozialisierung, sondern Sozialismus und zwar nicht in der Zukunft, sondern in der Gegenwart. Wir sind Verfechter eines Systems, das mit dem ganzen parlamentarischen Plunder aufräumen will. (Beifall bei den Unabh.)

Germann Müller (Soz.): Die Kommunisten versuchen durch Dauerreden wie die eben gehörte das Parlament zu sabotieren. (Sehr richtig!) Crippien und Däumig haben nur Agitationen gehalten zu dem Zweck, hier und im Lande bei ihren Anhängern Eindruck zu schinden. Wir sehen unsere Aufgabe aber darin, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. (Sehr gut!) — Dem Protokoll des Kaiserlichen Parteitag gegen die Zerstückelung der Diesel-Motoren wiederhole ich auch hier im Reichstag. Dem Protokoll gegen die Hebergeisse der Besatzungstruppen schließen wir uns an, wie wir auch mit den anderen Ausführungen des Herrn Außenministers einverstanden sind. — Auf dem Gebiete der inneren Politik erwarten wir baldigst das Schulgesetz und hoffen, daß ihm bald ein Lehrerausbildungsgesetz folgen möge. (Beifall links.) Im sozialpolitischen Ausschuss hat man wieder den Frauen das Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten vorenthalten. Höchst sonderbar ist das Verhalten der Deutschnationalen, die als einzige Partei in diesem Hause gegen die Autonomie von Oberösterreich Stellung nehmen. Das zeigt, daß sie das alte konstitutionelle Verständnis für die Volksseele übernommen haben. (Sehr richtig!) Vom Parteienstandpunkt aus haben wir natürlich kein Interesse daran, ob dieses Verständnis vorhanden ist oder nicht, aber wir stellen die Interessen des Landes über die der Partei. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann gegen die Parallele, die Graf Westarp in der oberösterreichischen Frage zwischen dem Autonomiegesetz und der Proklamierung des Königreichs Polen im Jahre 1917 gezogen hat. Wir hoffen bestimmt, daß die Volksabstimmung das Verbleiben Oberösterreichs beim Reich ergibt. (Beifall.) Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seinen unüberwindlichen Bestimmungen muß und wird kommen. (Sehr richtig!) Aber die Politik der Deutschnationalen ist wohl der falsche Weg, den man überhaupt einschlagen kann. Das hat schon der „Erfolg“ der deutschnationalen Politik bei den Friedensverhandlungen in Vrest-Litowsk bewiesen, wo ein Antrag ihrer Partei eine kurze Kriegsschuldfrage forderte. Aber die Deutschnationalen haben eben nichts gelernt und nichts vergessen. (Sehr richtig!) Das hat auch ihr Parteitag deutlich gezeigt. (Sehr wahr!) Wenn wir eine Revision des Friedensvertrages herbeiführen wollen, müssen wir immer und immer wieder zum Ausdruck bringen, daß ein neuer Geist in das deutsche Volk eingezogen ist. (Beifall.) Wesentlich ist hier unsere Haltung in den Fragen der Wiedergutmachung. Sie muß über den Rahmen eines bloßen Erlasses hinausgehen. Redner weist dann die Angriffe des Grafen Westarp gegen das Verhalten der deutschen Delegation auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Genf zur Schuldresolution zurück. Wir hatten keine Veranlassung, uns schuldig vor die Verbände in der Wilhelmstraße und am Ballplatz zu stellen. (Sehr richtig!) Wir haben aber ausdrücklich festgestellt, daß der tiefere Grund für den Ausbruch des Krieges im kapitalistischen System überhaupt lag. Für die damalige Urgeschichte der deutschen Regierung ist der beste Kronzeuge der Admiral Tirpitz, der in seinen Erinnerungen die Komplexität der Wilhelmstraße sehr scharf kritisiert. (Sehr gut!) Herr Gehler hat gegen Scheidemann ein Temperament aufgebracht, das wir im Reichswahlministerium an ihm leider sehr haben bemerken müssen. (Sehr gut!) Er hat die Vorwürfe Scheidemanns nicht entkräften können, und wir werden beim Militärstat noch im einzelnen auf sie zurückkommen.

Die Reichswahlfrage ist die Kernfrage der Zukunft der Republik.

Wenn die Reichswahl kein Werkzeug zum Schutze der Republik ist, hat sie ihre Daseinsberechtigung verloren. (Sehr richtig!) Ein neuer Kampfbüchle würde letzten Endes zwar ebenso erfolgreich verlaufen wie der erste, aber er würde neues Elend über Deutschland bringen, und das muß von vornherein verhindert werden. Wir bekämpfen alle reaktionären Revanchegedanken auf das allerentschiedenste, denn die Revanche ist vollkommen ausfruchtlos und würde nur neue Gefahren und neues Elend über Deutschland bringen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Die Arbeiterpartei wird trotz der augenblicklichen heftigsten Zerstückelung, jeden Versuch zur Führung eines Krieges unendlich machen. (Beifall.) Der Völkerverbund wird erst dann vollständig sein, wenn Deutschland und Russland in ihm aufgenommen sind. Wir müssen alles tun, den Völkerverbund bei uns zu stärken. (Beifall.) Der Redner bezieht dann auf eine große Reihe von Neuerscheinungen der Reichspresse, daß die Rechtsparteien im November 1918 das monarchistische System preisgegeben haben. Gegenüber dem Grafen Westarp stelle ich jetzt, daß Wilhelm die Beamten, also auch den damaligen Staatssekretär Scheidemann, am 9. November vom Treueid entbanden hat; die Herren Heiserich u. s. w. würden sonst sicher keine Pensionen von der Regierung annehmen. (Zurufe: Hans! und Heiserich!) Zu einem lebhaften Enttäuschungssturm der Redner kommt es dann, als Redner den früheren Kaiser als „Deferteur von Amerongen“ bezeichnet. Nach Wiederherstellung der Ruhe verlangt der Redner von der Regierung, daß sie sich die Führung in der Frage der Neuorganisation der Reichswehr nicht entziehen lassen solle. Herr Heilm hat sich gestern ganz ausgezeichnet über das Bamberger Programm seiner Partei. Wenn in Bayern die Monarchie ausgerufen werden sollte, dann wird das die bayerische Arbeiterschaft zum härtesten Kampfe herausfordern. Die Absetzung der Monarchie in München würde die Absetzung der Rorddeutschen Republik zur Folge haben. Bayern hat kein Recht, Verträge mit ausländischen Staaten abzuschließen. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann gegen die Organe der Reichswehr. Geachtet man diese Geheimorganisation, dann darf man nicht gegen die anderen Geheimorganisationen links vorgehen. Das, was die Leiter der Organe jetzt als ihr Programm verkünden, läßt sich mit ihrem Vorleben ganz und gar nicht vereinigen. (Sehr richtig!) Wir hegen darum das größte Misstrauen gegen sie und fordern, daß sich die Regierung unser Misstrauen zu eigen macht. Große Aufmerksamkeit erfordert das neue Verfassungsentwurf in Litauen, wo Major Bismarck wieder kein Unwesen treibt. (Zurufe rechts.) Für wen ist das bestimmt? Wohl für die Entente? (Starke Entrüstung. Zurufe: Für Sie!) Das sind die Leute, die auf den baltischen Gütern gewalttätig waren. (Sehr richtig!) Auch Werbungen für die Armee Kravogel sind festgestellt worden. Warum wird die Reichswehr nicht zur Bekämpfung der schwedischen Grenzbelegung verwendet? (Sehr richtig!) Wenn die vorkriegsbelegte Armee, repräsentiert durch General Döhl, nicht fast ganz in einverleibten, dann muß sie eben von der bürgerlichen Gewalt übergeben. (Sehr richtig!) — Bei

der Besprechung des Entwaffnungsgesetzes forbert der Redner die schärfsten Maßnahmen gegen die bayerischen Einwohnerwehren und fragt an, was auf die Note des Generals Kollat hin geschieden sei. Die Anwesenheit Ludendorffs in Bayern zeigt die Gefährlichkeit dieses reaktionären Herdes. Der Redner wendet sich dann gegen die herrschende Korruption, die eine Folge des Krieges ist. Am schlimmsten sind Wucher und Korruption im Wohnungswesen. Der Redner greift einen Fall heraus: In der Tiergartenstraße steht seit zwei Jahren eine der Gräfin Wartenstein gehörige 24-Zimmer-Wohnung leer, weil es die Wirtschlerin, die außerhalb Berlins auf einem Gute lebt, verstanden hat, sich der Beschlagnahme zu entziehen. (Steigende Unruhe rechts.) Der Redner nimmt dann Stellung zu der Behauptung Trimborns, daß die Sozialdemokraten die Regierung stützen und Neuwahlen erzwingen wollten. Die Bemerkung des Trimborns ist unferes Erachtens noch nicht abgelaufen. (Zurufe.) Der Deutschen Volkspartei wollen wir erst noch Gelegenheit geben, ihr Wieder- aufbauprogramm durchzuführen. (Beifall links. — Unruhe rechts.) Gegenüber der Auffassung Dr. Heims halten wir die Sozialisierung der Kohlengruben für notwendig, weil die Kohle das wichtigste Produktionsmittel ist. Das wir nicht an eine Verstaatlichung denken, zeigt doch unser Entwurf deutlich genug. (Sehr richtig!) Die Notlage des Bergarbeitergebiets in der Ernährung fordert ebenfalls baldige Berührung der Arbeiterschaft. Der Arbeiter darf nicht nur Objekt, sondern er muß Subjekt in der Produktion und in der Wirtschaft werden. Dazu wird unter Kampf in diesem Winter über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues führen. (Lebhafte Beifall.)

Reichswahlminister Gehler: Uebertritte von bewaffneten Banden, wie sie der Redner erwähnte, mit einer derartigen Ausrüstung, ohne daß die zuständigen Behörden Ostpreußens davon etwas bemerkt hätten, wären unerhört. (Zurufe bei den Soz.) Ich wiederhole, ich würde es als unerhört bezeichnen, wenn es der Fall gewesen wäre. (Zuruf Herr Müller: Ist es nicht festgestellt im Reichswahlministerium?) Ich bin über diese Dinge beständig unterrichtet durch den Wehrkreiszweitschreiber und den Oberpräsidenten Siehr, den ich heute früh gesprochen habe. Er hat diese Mitteilungen als weit übertrieben bezeichnet. Von Uebertritten mit Geschützen ist ihm nichts bekannt. (Hört, hört!) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn in der Tat Uebertritte auch nur von annähernd dieser Stärke erfolgt sind, dies in der Tat unerhört wäre. Ich wiederhole aber, daß es der Oberpräsident bestritten hat. (Zurufe bei den Soz.) Nach allen Berichten der maßgebenden Zivilstellen sind diese Sensationsmeldungen übertrieben. Nach meinen Informationen ist seit dem 15. Oktober niemand mehr übergetreten. Mit dem Oberpräsidenten habe ich vereinbart, daß bei irgend welchen Bedenken sofort militärische Grenzsperrverfügung wird, trotz der für die Truppen damit verbundenen außerordentlichen Anstrengungen. (Beifall in der Mitte.)

Der Präsident schlägt vor, jetzt die Beratung abzubrechen, den Haushaltsplan dem Ausschuss zu überweisen und die politische Aussprache auf nächsten Donnerstag zu versetzen. Das Haus ist damit einverstanden. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abgeordn. Müller (Deutschland), daß er sich niemals für die schwarz-rot-goldene Fahne ausgesprochen hätte. Der betreffende Artikel wurde geschrieben auf Grund des Beschlusses des österreichischen Parlamentes, sich mit Deutschland zu vereinen. Die „Deutsche Zeitung“ konnte damals nur Nachrichten bringen, da die Arbeiter des Betriebes erklärten, keine anderen Artikel setzen zu wollen. Donnerstag 3 Uhr Weiterberatung. Schluß 3 Uhr.

Eine scharfe französische Note an England.

Das englische Auswärtige Amt soll Nachrichten aus London zufolge aus Frankreich eine Note erhalten haben, deren Abfassung einen ziemlich barschen Ton aufweist. Es wird darin gesagt, daß keiner der Alliierten den Paragraphen 18 des Vertrages (er handelt von der Beschlagnahme deutschen Eigentums) auf eigene Faust auslegen sollte. Der Versailler Friedensvertrag, der die Unterschrift aller alliierten Mächte trage, könne nur durch eine vorherige Beratung mit Frankreich geändert werden. Der Paragraph müsse in seiner Vollständigkeit eingehalten werden, und England habe in keinem Falle die Befugnis, auf Rechte zu verzichten, die ihm auf Grund dieses Paragraphen einräumt wurden. Frankreich weist damit die englische Behauptung zurück, wonach den verärgerten alliierten Regierungen freigegeben ist, nach eigenem Ermessen Schritte zu unternehmen, welche sie für notwendig erachten.

Es läßt sich noch nicht sagen, welchen Eindruck diese Protestnote in englischen Regierungskreisen gemacht hat. Nach den ersten Eindrücken zu urteilen, dürfte der großsprecherische Ton Frankreichs unangenehm berührt haben. Auffallend ist besonders jene Stelle, die besagt, daß jede Vertragsänderung erst nach einer vorherigen Beratung mit Frankreich erfolgen könne, während es doch heißen müßte, nach einer vorherigen Beratung mit allen Alliierten, die den Vertrag unterzeichnet haben. In der Note kommt die französische Mentalität, sich als tonangebenden Sieger hinzustellen, zu sehr zum Ausdruck.

Das Flugverbot wieder aufgehoben.

Die Gefahr der Stilllegung des deutschen Luftverkehrs ist, wie aus Berlin gemeldet wird, abgemindert. Nach Aufklärung verschiedener Mißverständnisse zog die internationalisierte Luftverkehrskontrollkommission das über verschiedene große deutsche Luftverkehrsstrecken verhängte Verbot der Ausführung weiterer Flüge in Deutschland zurück. Sie hat sich ferner bereit erklärt, die in Wien und Königsberg beschlagnahmten deutschen Flugzeuge freizugeben. Auch dagegen, daß mit rein zivilen Luftfahrzeugen weitere Flüge ins Ausland ausgeführt werden, erhebt sie keine Einwendungen. Aufrechterhalten bleibt hiernach nur das Verbot von Auslandsflügen für diejenigen Flugzeuge, die früher Militärflugzeuge waren und deren Verwendung für den zivilen Luftverkehr die Kontrollkommission aus Entgegenkommen gestattete. Für den Inlandsverkehr können auch diese Fahrzeuge ungehindert weiter benutzt werden. Das Reichsluftamt wird, der Forderung der Kontrollkommission entsprechend, den Auslandsverkehr der oben bezeichneten früheren Militärflugzeuge untersagen. Es hat sich hierzu bereit gefunden, um weitere Schäden von der deutschen Flugzeugindustrie und dem deutschen Flugverkehrswesen abzuhalten, ohne dabei seinen grundsätzlichen Standpunkt anzugeben, daß die Kontrollkommission nicht berechtigt gewesen wäre, die einmal erteilten Konzessionen wieder zurückzugeben, nachdem sie monatelang die Ausführung von Auslandsflügen mit den damals freigegebenen Fahrzeugen widerspruchlos duldet.

Hochmut vor dem Fall.

Es hat die bayerische Reaktion schon erklärt, sie lasse die Einwohnerwehren nicht entlassen, dann hat sie ihre Weigerung durch die Demonstration beim Königschießen noch besonders provozierend gestaltet, und jetzt ist der von jedem Einflüchtigen vorausgesetzende Erfolg der General Kollat Schiffe als Vertreter der Entente eine neue Entwaffnungsnote, in der das Auftreten der Organe in Bayern als Hauptbeweis dafür angeführt wird, daß Deutschland den in Spa übernommenen Verpflichtungen nicht nachkomme. Kann ist die Verlegenheit in Bayern grenzenlos. Die Nachbarn der Organe haben ihre Schiffe mit dem Himmel zu trösten

daß die Note lediglich eine Anfrage und der Krisenzeitpunkt noch nicht gekommen sei. Daß das alles nur Klauen sind, wissen sie natürlich selber am besten. Man hat sich eben benommen wie Schulkungen, die den großen Mund riskieren, so lange der Lehrer vor der Klasse tritt auf und ab geht, aber ängstlich verkommen, sobald der Gestrenge die Schwelle überschreitet. Wenn man in dem Kreise der bayerischen Organe immer darauf gepocht hat, daß Frankreich die bayerischen Einwohnerwehren nicht antasten würde, so fragt es sich bei der Sache nur, ob die bayerische Reaktion hier betrogen hat, oder ob sie selbst sich hat betrogen lassen. Das Letzte wäre für sie kein Milderungsgrund, denn es würde nur um so deutlicher beweisen, welch reichsverträgliches Spiel die bayerische Reaktion durch den Versuch einer Sonderverabredung mit Frankreich getrieben hat.

Und die Macht — oder besser gesagt an den Mißbrauch der Macht — klammert sich freilich die bayerische Reaktion bis zum letzten Augenblick. Der Münchener Polizeiskandal hat einen klärenden Sumpf aufgedeckt. Nichts ist bezeichnender, als der Versuch der Polizei, sich wegen eines gefährlichen Ueberfalls öffentlich zu entschuldigen. Man stelle sich vor: jemand behauptet, von zwei Begleitern im Auto überfallen und mit dem Tode bedroht worden zu sein; nur durch eine List sei er dem Tode entgangen. Die Beschuldigten bekennen: ja, wir haben auf den Täter eingeschlagen, aber wir haben ihn nur verprügeln wollen; ein verurteilter Mord hat uns fern gelegen. Und sofort meldet die Polizei: sehr wahr, es war gar nichts los, mat hat sich nur ein wenig geprügelt. Wann in aller Welt dürfte es dagewesen sein, daß die Polizei die Angaben zweier überführter Verbrecher, die diese zu ihrer Entschuldigung ausgelesen haben, der Welt als die amtlich ermittelte Wahrheit vorsetzt? Wer ist so entschuldigend, der sagt sich an? Aber auch hier kommt der Hochmut vor dem Fall. Die bayerischen Horth-Deute werden über ihre eigenen Taten fallen.

Alsquith für allgemeinen Warenaustausch.

Der Führer der Liberalen, Alsquith, erklärte in einer Rede in Leicester, der Handel mit den ehemaligen Feinden müßte bald voll aufgenommen werden. Nur ein allgemeiner Warenaustausch könne Großbritannien seine volle Tätigkeit wieder ermöglichen. Es gebe keine schlechtere verhängnisvollere Politik, als die Erzeugnisse aus den Ländern abzulehnen, mit denen man einmal Krieg führte.

Der australische Premierminister Hughes erklärte im Parlament, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland erst nach mindestens einem Jahre befürwortet werden könne.

Französische Ueberforderungen.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles, Artikel 357, hat Frankreich als Anliegerstaat (durch das Elsaß) Anspruch auf einen verhältnismäßigen Anteil an der deutschen Rheinflotte, dem Schiffsfahrmaterial und den Geschüftsanteilen. Wie der „Bayrische Kurier“ erfährt, hat Frankreich auch bei der Ausübung dieses Anspruchs den Sinn des Friedensvertrags ins Unerträglichste verzerrt. Frankreich verlangt nicht mehr und nicht weniger als ein Drittel der gesamten Rheinflotte. Bei den Geschüftsanteilen verlangt es die Mehrheit der Anteile (der Friedensvertrag gibt ihm nur Anspruch auf einen „Teil“, Red.), um die Dispositionen über alle Einrichtungen zu erhalten. Die französischen Forderungen auf die Rheinflotte setzen in der letzten Zeit dem amerikanischen Schiedsrichter überreicht worden. Sie bedrohten namentlich auch die bayerischen Interessen aufs ernsteste insofern, als Frankreich auf den bayerischen Rheinflottenkonzernen seine Hand lege und dringende Gefahr bestünde, daß dessen Besitz und Einrichtungen zum überwiegenden Teil an Frankreich gelangen.

Die Aufteilung Kleinasiens.

In London ist der Wortlaut des Vertrages veröffentlicht worden, den England, Frankreich und Italien über Kleinasien abgeschlossen haben. Der Vertrag bestimmt, daß ein vollkommenes Gleichgewicht zwischen den drei Mächten über die Zusammensetzung des internationalen Ausschusses für Handel und Schifffahrt herrschen soll. — Die vertragschließenden Mächte genießen die gleichen Rechte in Bezug auf Handel und Schifffahrt. Die anatolische Bahn, die Merzina-Tarsus-Adana-Bahn, ein Teil der Bagdadbahn auf türkischem Gebiete wird von einer Gesellschaft in Betrieb genommen werden, deren Kapital von einer britisch-französisch-italienischen Finanzgruppe gezeichnet wird.

Kämpfe in der Mongolei.

Die „Daily Mail“ meldet aus Peking: Die chinesische Regierung erhielt einen amtlichen Bericht, daß 2000 Mann Streitkräfte des russischen Leutnant Ungera, der dem General Semenov untersteht, nach ihrem Angriff auf Urga in der Mongolei von den chinesischen Truppen, die dabei 400 Mann verloren haben, zurückgeschlagen worden sind. Die Zeitung „Pramba“ meldet, daß 31 Personen, die an einer sibirischen Verschwörung gegen die Sowjetregierung beteiligt waren, am 16. Oktober in Omsk hingerichtet worden seien.

Die halben Moskauer.

Eine Anzahl sozialistischer Parteien, wie der rechte Flügel der U. S. P. D., die Sozialdemokratie von Deutsch-Oesterreich, der Schweiz, ein Teil der italienischen und spanischen Sozialdemokratie, die sozialistischen Parteien der Balkanländer, die norwegische Sozialdemokratie, haben den Weg nach Genf noch nicht gefunden. Aber sie wollen auch nicht nach Moskau. Sie stehen noch außerhalb der zweiten Internationale. Sie können sich aber auch wegen der 21 Bedingungen der dritten Internationale nicht anschließen. Nun beruft die Independence Labour Party, die keine der beiden Internationalen angehörende unabhängige Arbeiterpartei Englands, zu einer Beratung zusammen, um eine Vereinigung aller dieser Gruppen herbeizuführen.

Selbst wenn der Versuch glücken sollte, diese 2 1/2-Internationale zustande zu bringen, dürfte sie nicht von allzu langem Bestand sein. Der Kommunismus ist eine vorübergehende Kräfteverteilung unserer Zeit. Mit dem Zusammenbruch der Sowjet-Republik, der auf die Dauer nicht zu verhindern ist, sind auch seine Tage befristet, und dann werden alle wirklichen Sozialisten ganz von selbst den Anschluß an die zweite Internationale suchen und finden.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Das Arbeitsdienstjahr auf dem Marsche.
Wie das „Schluß-Abendblatt“ erfährt, wird der Gesetzentwurf über die Einführung des Arbeitsdienstjahres bereits ausgearbeitet. Die angenommenen Arbeitskräfte sollen für Arbeiter

ausgenutzt werden, die nicht den kapitalistischen Interessen, sondern der Allgemeinheit dienen. Auch die weiblichen Kräfte sollen zur Verwertung, besonders im Dienste der Krankenpflege und anderer, besonders sozialer Einrichtungen, herangezogen werden.

Staatssekretär und Nachtwächter.

Im Reichstage ereignete sich Donnerstag während der Rede des Genossen Scheidemann eine kleine Episode, die besonders bemerkenswert ist und aus dem Rahmen der Verhandlungen hervorgehoben zu werden verdient. Scheidemann sprach bekanntlich von dem alten Obrigkeitsstaat, in dem ein Sozialdemokrat noch nicht einmal Nachtwächter werden konnte. Das Mitglied der Deutschen Volkspartei, Mittelman, rief dazwischen, daß Scheidemann unter der alten Regierung sogar Staatssekretär geworden sei. Die Nationalliberalen Korrespondenz, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, überschlägt sich fast vor Freude über diesen Geistesblitz ihres Helden. Triumphierend ruft sie aus, Scheidemann habe hier endlich einmal eine Abfuhr erhalten, die ihn in die größte Verlegenheit gebracht habe.

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Der Obrigkeitsstaat war durch seine völlige Unfähigkeit dem unmittelbaren Zusammenbruch nahe, und als der Monarchenthron bereits stark zu wackeln begonnen hatte, entschloß sich Prinz Max von Baden die beiden Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer ins Kabinett zu nehmen. Das geschah jedoch nicht aus Gründen der inneren Einkehr Wilhelms und seiner Regierung und wäre ohne die höchste Not niemals geschehen, sondern man sah den allgemeinen Zusammenbruch und wußte, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die in sich selbst noch starke unverbrauchte Aufbaufähigkeit enthielt. Deshalb wurden die Sozialdemokraten ins Kabinett berufen und nicht etwa, weil es zu den Gepflogenheiten des Obrigkeitsstaates gehörte hatte, unparteiisch den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen.

Das ist der einfache geschichtliche Vorgang. Die Nationalliberalen haben wahrlich wenig Ursache, stolz auf die Geistesleistung ihres Fraktionsmitgliedes Mittelmann zu sein.

Der Kampf um die Kasse der U. S. P. D.

Am Freitag beschäftigte sich die vierte Zivilkammer des Landgericht 1 Berlin mit dem Antrag der Leute um Dümmig auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen Dittmann und Louise Zieg, wonach diese kein Recht haben sollten, über die Bankguthaben der U. S. P. D. zu verfügen. Der Antrag wurde abgewiesen. Einmal sei das Gericht örtlich unzuständig, Johann aber fehle den Antragstellern die Berechtigung zur Klage. Es sei juristisch unmöglich, die Antragsteller als die Rechtsnachfolger des Zentralkomitees der früheren U. S. P. D. anzusehen. Inzwischen haben aber die Neukommunisten eine neue einstweilige Verfügung beantragt, die Dittmann, Louise Zieg und Crispian das Betreten des Bureaus der Parteileitung am Schiffbauerdamm verbieten soll.

Kleine politische Nachrichten.

Die Preussische Landesversammlung nahm den Paragraphen über Schaffung eines Staatsrates gegen die Stimmen der „Unabhängigen“ und Kommunisten an und vertagte sich auf den 4. November.

Bis zum 1. Oktober ds. Js. sind 108 000 in Elsaß-Lothringen gebürtige Personen von dort verdrängt worden und nach Deutschland ausgewandert.

Dr. Luchter, der von den Polen verhaftet und in Krakau interniert worden war, ist es gelungen, zu Fuß und unter unklaren Umständen und Entbehrungen die oberösterreichische Grenze bei Myslowitz zu erreichen und heimzukehren.

Der Schriftleiter der kommunistischen „Neuen Zeitung“ in München, Ehrhardt, ist vom Münchener „Volksgericht“ wegen fortgesetzten Vergehens der Aufreizung zum Klassenhaß und Auforderung zum Hochverrat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

In Reichenberg ist es zu wüsten Ausschreitungen durch Tschechen gegen die Deutschen, hervorgerufen durch tschechische Legionäre, gekommen.

In der französischen Kammer brachte Leon Daudet einen Gesetzentwurf ein, der für die Journalisten der großen Tageszeitungen einen wesentlichen Ruhestag fordert.

Der frühere Kommandeur des amerikanischen Seefeldatenkorps, General Barnett, sagte vor dem Untersuchungsrichter in Washington aus, daß während der Besetzung von Haiti 2250 Eingeborene getötet worden seien.

Die Präsidentschaftswahlen in Mexiko haben einen Sieg für Alvaro Obregon ergeben, der sein Amt am 1. Dezember antritt. Die Vereinigten Staaten werden die mexikanische Regierung anerkennen, nachdem sich Mexiko bereit erklärt hat, der Einsetzung einer gemischten Kommission auszusprechen und die von Ausländern anlässlich der Revolution erhobenen Schadenersatzansprüche zu prüfen.

Italien.

Die revolutionäre Säge.

Bei der Aufstellung der sozialistischen Kandidaten für die Gemeindevahlen in Mailand wurden sämtliche Gemäßigten, darunter Turati, der für die Ausbreitung des Sozialismus in Italien so viel getan hat, und Treves, abgelehnt.

Holland.

Ein Experiment.

U. Rotterdam, 31. Oktober. Der Wollfabrikant Braubort hat sich bereit erklärt, seinen Betrieb ein Jahr lang der lokalen Gewerkschaft zu übertragen, um ihr Gelegenheit zu geben, den Betrieb nach den Wünschen der Arbeiter zu leiten.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 1. November.

Sozialdemokratischer Verein. Am Dienstag abend 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus die Fortsetzung der Versammlung statt, die sich mit dem Kasseler Parteitag beschäftigt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Mitteilungsblätter legitimieren.

Betriebsräte, Betriebsobleute! Auf die heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Generalversammlung wird hiermit nochmals hingewiesen. Das Erscheinen der B.-R. und W.-O. ist unbedingt erforderlich. Alle noch im Besitz der B.-R. und W.-O. befindlichen Fragebogen müssen heute abend abgeliefert werden. Die Zentrale der B.-R. der U. D. G. B. und W. A.

Achtung, Arbeiter-Jugend! Zeitungsfunktionäre, Dienstag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, den 8. November, abends 8 Uhr, statt.

Sitzung des Landesverordnungsamtes.

In der heute vormittag stattgefundenen Sitzung des Landesverordnungsamtes wurde zunächst die Fleischversorgung besprochen. Schlachthausdirektor Lund erklärte, daß nach Zerlegung der Schlachtkörper in Schleswig-Holstein und auch in anderen Gegenden viel

Wies verhöhen worden sei. In Lübeck hätten derartige Schließungen nicht stattgefunden. Lübeck habe sich gut und verhältnismäßig billig mit Fleisch einbedeckt. Man hoffe, das Pfund Rindfleisch künftig für 10 Mark abgeben zu können. Die Hoffnung mancher Leute, daß durch die neue Verordnung in Schleswig-Holstein die Viehpreise sinken würden, habe sich nicht erfüllt. Eine weitere Erhöhung sei aber darum unmöglich, weil das Publikum höhere Preise nicht zahlen könne. In der letzten Bürgerchaftssitzung seien Klagen über geliefertes schlechtes Dosenfleisch geführt worden. Das Fleisch würde auf die Beschaffenheit scharf kontrolliert und sei gut. Nur müßten die Dosen nicht warm, sondern kalt aufbewahrt werden. Betreffs dieses Rindfleischs soll ein Bericht an den Senat und an die Bürgerchaft gelangen, damit die Bevölkerung den richtigen Sachverhalt erfährt und nicht durch falsche Gerüchte beunruhigt werde. Die Genossen Salomon und Häutler traten für eine Preislenkung des Rindfleischs ein. Schweinefleisch koste heute schon 22—24 Mark, das seien ganz unerhörte Preise. Unter Ausschaltung des Zwischenhandels und der übermäßigen Gewinne könne eine erhebliche Preisberabsetzung erreicht werden. Aufgabe der Landwirtschaftskammer müsse es auch sein, für eine Preislenkung Maßnahmen zu treffen. Genosse Knapp teilte mit, daß durch Eingreifen der Preisfestsetzungskommission bei Mand Knöchen, die pro Pfund 4 Mark kosten sollten, mit 1,50 Mk. verkauft würden. Es sind 30 Waggons amerikanischen Dosenfleisch eingetroffen. Die Ware, so wurde erklärt, sei von guter Beschaffenheit, müsse aber nach den reichsgerichtlichen Vorschriften auf Trichinen untersucht werden. Es wurde demgegenüber, um erhebliche Kosten zu sparen, gewünscht, diese Untersuchung zu unterlassen und der Bevölkerung zu empfehlen, den Speck nicht roh, sondern gelocht oder gebraten zu verwenden. Trichinen sind selten, aber doch hin und wieder etwa zu 1 Prozent im amerikanischen Speck festgestellt worden. Mit der Verschärfung der von der Stadt gemästeten Schweine soll demnächst begonnen werden. Man hoffe, das Pfund mit 12 Mark im Kleinhandel abgeben zu können. Angeregt wurde, für den Gemüsegroßmarkt den Eigentümern beim alten Bahnhof zur Lagerung von Gemüse bis zum Frühjahr herzurufen. Bei dieser Frage kam man auch auf die hohen Obstpreise in Lübeck zu sprechen. Tatsache ist, daß in anderen Städten das Obst bedeutend billiger als hier ist. Genosse Knapp erklärte, bei ernstlichen Bemühungen wäre es den Händlern möglich gewesen, billigeres Obst zu beschaffen. Einige Betriebe hätten verhältnismäßig billig Obst eingekauft. Dann kam die Milchpreiserhöhung zur Sprache, worüber wir am Sonnabend bereits berichteten. Allseitig wurde scharf gegen die Erhöhung gesprochen und besonders das eigenmächtige Vorgehen Schleswig-Holsteins in dieser Frage scharf verurteilt. Lübeck hat eine Erhöhung abgelehnt. Die in Frage kommende Abteilung des Landesverordnungsamtes soll gegen das eigenmächtige Vorgehen der Provinzialstelle bei der Reichsstelle Beschwerde erheben. Mecklenburg hat den Milchpreis nicht erhöht. Man war aber der Meinung, daß der von Kiel geforderte höhere Preis gezahlt werden müsse, da man sonst noch weniger Milch als bisher erhalten würde. Von Schleswig-Holstein aus sei immer die Erhöhung ausgegangen; diesmal habe man Lübeck einfach ungefragt vor vollendete Tatsachen gestellt. Herr trat dafür ein, den Milchpreis zu differenzieren; für die Wintermonate müsse ein höherer Preis als für die Sommermonate festgesetzt werden. Ueber die Beschaffenheit des Brotes führte man lebhaft Klage. Trotz der höheren Ausmahlung des Getreides sei das Brot nicht besser geworden. Eine scharfe Kontrolle über die Streckung müsse verlangt werden. Von anderer Seite wurde betont, daß die höhere Ausmahlung wenig Wert hätte. Es wäre besser, wenn keine Streckung erfolge und die niedrigere Ausmahlung beibehalten worden wäre. Die Kleie sei nahrhafter als minderwertige Streckungsmittel. Zum Schluß wurde ein scharfer Vorbehalt gegen die Händler und Geschäfte gefordert, die ein Preisverzeichnis in ihrem Geschäft nicht sichtbar aushängen und die ausgestellten Waren nicht mit Preisen versehen. Es soll dadurch eine höhere und willkürliche Preisforderung verhindert werden.

Personalien. Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt wurde der Oberlehrer am Johanneum Dr. Oldrup und Wasserbautechniker Georg Wendfeldt. Landgerichtsdirektor Heinrich Wellbrock ist auf eigenen Antrag aus dem lübischen Staatsdienst entlassen.

Der Winter macht nun tatsächlich ernst und quartiert sich bei uns ein. Solche strengen Gänge sind nicht gerne gesehen und verhängnisvoll für den Menschen in die kalten Augen. In den Stuben der Armen sieht es so schon trostlos genug aus. Das Brennmaterial ist gar zu knapp für den Durchschnittsgeschehen und der kleine Vorrat nur für die härtesten Monate berechnet. Da kann man ungebetenem Besuch nicht gedulden. Denn auch das Hemd am Leib und die Strümpfe sind so kalte Winterstandsunfähig geworden, daß es selbst der geschicktesten Mutter unmöglich ist, alles zu flicken und zu stopfen. Ist ein Riß zugehängt, plätscht es wieder nebenan, und die Fäden guden nacheinander durch das Stopfgewirr heraus. Nun ist der Winter zu all dem Glend doch schon eingeleitet zu einer Zeit, wo noch nicht einmal jeder mit Kartoffeln verlorzt ist und viele noch in der Erde stecken. Es wirkt alles zusammen, um die Menschenwelt zu zermürden. Die letzten Tage war es schon bitter kalt. Am Sonntag piff ein garstiger Nordostwind übers Land und heute morgen war der Kältegrad bereits soweit gesunken, daß sich an den Fenstern Eishüllen bilden. Der Sturm rüttelte am Sonntag mit solcher Macht, daß selbst ein 8000-Tonnen-Dampfer auf der Rostocker Schiffsverft die Ketten sprengte und sich losmachte. Vier Schlepser mußten das Schiff, das vor dem völligen Ausbruch steht, wieder an Ort und Stelle ziehen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Kälte bald wieder nachließ. Der Winter wird noch lang genug, wenn er sich auf seinen kaltenverweil beschränkt.

Die Weizenlieferung des Buschendorfer Hofes ist in Lübecker Versammlungsberichten verschiedentlich erwähnt worden. Der Sachverhalt ist, wie uns der Besitzer Rohlfahrt mitzuteilen bittet, nach seiner Angabe folgender: Am 6. 9. 20 verkaufte ich an die Firma H. H. Holz, Mölln i. L. 1200 Zentner Saatweizen. Dieselbe teilte mir mit, daß Saatarten und Füllsade mir von Hannover zugehen würden. Die ordnungsmäßig ausgestellten Saattaxen lauten: „Handelsgesellschaft ländl. Genossenschaften m. B. S. Coblentz.“ Da mir auffiel, daß der ganze Weizen ins besetzte Gebiet ging, bat ich den Vertreter der Reichsgroßhandelsstelle und der Regierung in Cuxin, in Coblentz Nachforschungen anzustellen, ob die Sache in Ordnung sei. Ich hielt den noch zu liefernden Weizen zurück, bis ich von der Reichsgroßhandelsstelle die Nachricht erhielt, daß alles in Ordnung sei. Herrn Holz, Mölln, hatte ich gebeten, wenn möglich, anders über den Weizen zu verfügen, da ich ungenügend besetztes Gebiet liefere. Weiber hatte aber Herr Holz den Weizen fest verkauft, sodas mir liefern mußten. Der in Lübeck beschlagnahmte Weizen ist längst wieder frei gegeben und nach Coblentz weiter geliefert. Herr Bhow wird wegen der großen Schiebung jetzt auch wohl beruhigt sein.

Stadtheater. Am Dienstag wird „Maß für Maß“, Mittwoch „Kindertagodie“ wiederholt.

Schlutup. Arbeiterrilla. Einen gräßlichen Tod erlitt der Arbeiter Krakow aus Selmsdorf, der auf der gemischten Fabrik beschäftigt war. Er geriet zwischen die Walzen einer Maschine und wurde vollständig zermalmt.

Angrenzende Gebiete.

Stodtelsdorf. Monatsprogramm für die sozialistische Arbeiterjugend: Freitag, den 5. November: Monatsversammlung. Sonntag, den 7. Tag, den 12.: Vortrag über Zweck und Ziel unserer Bewegung. Sonntag, den 14.: Vorträge. Montag, den 15.: Vorbereitung für

nachtsfest. Sonntag, den 21.: Wanderung. Freitag, den 26.: Vortrag: Warum sind wir in der Arbeiter-Jugendorganisation? Sonntag, den 28.: Reigen. — Verein Arbeiter-Jugend Stodtelsdorf: Radenburg. Jugendheim: Dieberichs Gesellschaftshaus Radenburg. Jugend-Genossinnen und Genossen! Agitiert kräftig für eure Bewegung.

Schönberg. Feuer. Am Freitag morgen brach in dem Backhaus des Hauswirts von de So in Klein-Büschdorf ein Feuer aus. Die mit Stroh gedeckte Scheune mit voller Ernte wurde eingeschert.

Wheberg. Ein vorzeitiger Erdenbürger. Von Geburtswunden plötzlich überrascht wurde eine Frau, die sich im Eisenbahnzuge auf der Fahrt von hier nach Kiel befand, um in einer Klinik die Entbindung abzuwarten. Die Frau benutzte einen Abort des Zuges und wurde ohnmächtig. Der junge Erdenbürger, ein kräftiger Junge, der sein erstes Abenteuer mit einigen Hautabschürfungen und Beulen glücklich überstanden hat, fand sich zwischen den Schienen, nachdem der Zug mit der ohnmächtigen Mutter weitergefahren war. Ein Beamter des Bahnhofes Wheberg fand den Knaben und nahm ihn bis zur Ueberführung nach Kiel in menschenfreundliche Pflege.

Schleswig. Eine Vieherde vom Zuge überfahren. Auf der Strecke Schleswig-Flensburg brach durch einen Schnellzug schwebendes Vieh aus seiner Einfriedigung und gelangte auf den Bahndamm, wo ein folgender Güterzug in die Herde hineinfuhr und sieben Tiere tötete.

Schwerin. Die Kappverbrecher gehen frei aus. Im Falle Wendhausen hat das Reichsgericht sich den Ausführungen des Verteidigers angeschlossen und das Verfahren gegen Dr. Wendhausen wegen Hochverrats eingestellt, sowie den Haftbefehl und die Beschlagnahme des Vermögens aufgehoben.

Harburg. Die Märzruhen werden wahrscheinlich noch eine gerichtliche Nachspiel haben. Anlässlich des Rappaputsches kam von Stade ein großer Trupp Balleute unter Führung des Pflegerhauptmanns Berthold nach Harburg und quartierten sich in der Mittelschule in Heimfeld ein. Es kam zu schweren Kämpfen, wobei Hauptmann Berthold getötet wurde. Die von dem Untersuchungsrichter eingeleitete Untersuchung hat jetzt die Festnahme von zwei Personen zur Folge gehabt.

Oldenburg. 80 Prozent Mieterhöhung. Die Hausbesitzer sind mit ihrer Forderung auf weitere Erhöhung der Mieten um 83 1/2 Prozent abgewiesen worden. Anstatt 33 1/2 Prozent wurde ein Aufschlag von 10 Prozent festgesetzt, so daß die gesamte Erhöhung auf die Friedensmiete 80 Prozent beträgt. In der Verordnung des Wohnsachverständigen heißt es u. a., daß die Erhöhung der Mietzinssteigerungen bis zu 80 Prozent betragen darf. Dagegen ist die vom Höchstmietpreis völlig abgegrenzte Abwägung der Nebenabgaben nach der Verordnung vom 9. Dezember 1918 nicht statthaft und daher unzulässig. Die Nebenabgaben müssen vielmehr als durch den Höchstmietzins mitabgegolten gelten.

Oldenburg. Ein Ereignis. Der Stapellauf eines 250-Tons-Schiffes auf Brandschiffswerft, der am Donnerstag stattfand, war für Oldenburg ein Ereignis, das die halbe Stadt auf die Beine gebracht hatte. Das für eine Lübecker Firma bestimmte Schiff ist für die atlantischen Fahrten in Aussicht genommen. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der Schiffbau in Oldenburg hoch entwickelt. Seitdem hatte Oldenburg nie wieder einen Stapellauf erlebt.

Neueste Nachrichten.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen werden wieder ausgenommen.

U. Berlin, 1. November. Wie der Vertreter des englischen „Dienstes“ in Warschau erzählt, trifft der polnische Botschafter für Handel und Gewerbe, Dr. Straßburger, in den nächsten Tagen in Berlin ein. Bei den Berliner Besprechungen sollen alle wirtschaftlichen Fragen des Eisenbahns, Post- und Telegraphenwesens im Zusammenhang erörtert werden, um eine neue Grundlage für die Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen Polens zu Deutschland zu schaffen.

Millerand für die Besetzung des Ruhrgebietes.

U. Paris, 1. November. Ueber die Tagung des Rates der nationalen Verteidigung wird bekannt, daß eine weitere Verstärkung der Besatzungsarmee am Rhein erwogen wurde, und daß auch Millerand von der Notwendigkeit einer Besetzung des Ruhrgebietes überzeugt sei.

Die Leichenfeier in Corl.

U. London, 1. November. In Corl zogen Sonnabend Tausende an der aufgehobenen Leiche des im Gefängnis am Hungertode verstorbenen Bürgermeisters vorbei. Der Geschäftsverkehr in der Stadt war vollständig eingestellt worden.

In eigener Sache.

Der Deutschpöhlische Schütz- und Truhbund, Ortsgruppe Lübeck, erklärt in hiesigen bürgerlichen Zeitungen einen „offenen Brief“ an mich. Er behauptet, daß mir in meiner kleinen, vor kurzem im Verlage von Friedr. Meyer u. Co. erschienenen Schrift „Die Weisen von Zion, das Buch der Fälschungen“, der Nachweis nicht gelungen sei, daß es sich bei dem von dem deutsch-pöhlischen Schriftsteller Gottfried zur Beel herausgegebenen Buche „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ um eine grobe literarische Fälschung handle. Ich danke dem deutsch-pöhlischen Schütz- und Truhbund für die Bombentexte, die er für meine kleine Gelegenheitschrift gemacht hat. Da Meinung gegen Meinung steht, fühle ich jedoch keine Veranlassung, den Deutschpöhlischen auf dem Weg der „offenen Briefe“ zu folgen, wenn ich es mir auch noch behalte, gelegentlich auf die recht abwegige Erklärung der Deutschpöhlischen zurückzukommen. Ich muß es der Nachprüfung und Feststellung unparteiischer Gerichte überlassen, wie sie über den von mir geführten Nachweis denken. Ich behaupte nach wie vor, daß „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ die größte literarische Fälschung sind, die sich denken läßt.
Otto Friedrich,
Schriftleiter des „Lübecker Volksboten.“

Geschäftliches.

Fallende Valuta und Lübecker Preise. Die Erhöhung der Markt hat, da die meisten Rohstoffe vom Ausland bezogen werden müssen, naturgemäß ein Ansteigen der Warenpreise zur Folge. Im Dienste der Allgemeinheit ist es daher ganz besonders zu begrüßen, daß von Seiten der Lübecker Geschäftswelt im Verhältnis zur Marktlage nicht nur keine teureren, sondern sogar noch billigere Preise als bisher gebildet werden. So verkauft z. B. die Firma Rudolph Karstadt während ihrer „Bekleidungs-Welle“ Artikel, die zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse (Mäntel, Stiefel, Stoffe usw.) dienen, zu Preisen, die selbst von der vom Landesverordnungsamt bestellten Preisfestsetzungskommissionen als außergewöhnlich billig bezeichnet wurden.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Bezugspreis: 50 Pf. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 18 der Verordnung über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauches vom 22. Mai 1920 ist folgenden Personen wegen Unzuverlässigkeit der Bezug von Mehl gesperrt und der Handel mit Brot untersagt worden:

1. dem Bäckermeister Ferdinand Probst, Loigangstr. 14,
 2. Ewald Thiel in Nolling,
 3. der Händlerin Frau Mierow, Depenau 88.
- Lübeck, den 30. Oktober 1920. (8879)

Das Landesverorgungsamt, Abt. I.

Allen, die unsern lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, sowie Herrn Pastor Linde für seine trostreichen Worte unsern innigsten Dank. (8901)

Catharine Meyer Ww.
nebst Sohn.

Mädchen

gesucht zu sofort od. später.
Landmann P. Hoffmann,
8882 Gr. Steintorstr. 54.

Gesucht ein Mann
zum Bettlametragen
8885) Kistenluft.

Zu verm. e. kl. Wohnung geg.
eine at. 2-3 Zim. u. W. u. n.
u. P. O. 23 a. d. Exp. d. B. (8897)

Weg. Trauer guterh. Winter-
hüte billig zu verkaufen.
8898) Weithoffstr. 17.

Billig z. verm. S.-W.-Paß
u. S.-Schuhe, 42. (8899)
Untertr. 36, III.

Zu verm. Sofa, Stühle,
Betttische, Kleiderichrank,
Glöckengießtr. 88, S. I. (8904)

3 gest. Fahrräder billig
zu verkaufen. (8888)
Seimstätten 41.

W. ent. 10. Wädch. Klavier-
unterricht. Ang. m. Br. a. d.
Exp. d. B. u. K. H. (8880)

Verloren Sonnab. Mittag
Porten, m. 50-Wk.-Schein
u. Heinrich bis Kottwitztr.
8878) B. ab. Heinrichstr. 28.

kl. Desimalwaage gef. Off.
u. M. N. a. d. Exp. (8894)

Zu tauschen gesucht ein
Kleiderchr. geg. a. Kartoff.
Ang. St. R. 4 a. Exp. (8907)

Sozialdemokratischer Verein

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 2. November,
abends 7 1/2 Uhr.

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52

Tagesordnung:

Bericht vom Parteitag in Kassel.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden.

Zentralhallen

Morgen Dienstag:
Gr. Tanzkränzchen. Anf. 6 1/2 Uhr.

Gledermans Fünfhausen 17/19.
Teleph. 8155.
Direktion: Fritz Wolfram.
November 1920
schlägt alles Dagewesene.

Mia u. Marie Oehlschläger
vom
Hamburg. Stadttheater.

Valentine Ollida
der
internationale Tanzstar.

Vera Biaz
Verwandungs-
tänzerin.

Margarethe Grabe
Sängerin.

Original-Familie Sylvester Kreman
Kassische Spiele.

E. L. E. van Velden
Tanzspiele
auf Rollschuhen.

Willi Wigand
Sümmungssänger.

Orchesterleitung: Kapellmstr. Simon de Welle.
Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittag 4 Uhr.
Schenswerte Bar.
Alle Mixedgetränke. 8884

Holstenhaus

LÜBECK

Die vorteilhafte Einkaufsstätte

Der Grundsatz des Hauses
Nur immer das Beste
zum billigsten Preise

Die angenehme Einkaufsstätte

Das Kennzeichen des Hauses
Höfliche, entgegen-
kommende Bedienung
für jeden Käufer

Die Geschäftszeit während der Wintermonate

Vormittags 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr
Nachmittags 3 bis 6 Uhr.

Waga, Apfel u. Birnen
bei der Drehbrücke verkaufe
morgen Dienstag u. Mitt-
woch von 8 1/2 Uhr an, das
Pfund von 1 Mk. an. (8897)

Der Schrei nach dem Recht

„Die Tragödie von Mechterstadt“

Preis Mk. 2.50.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Visitenkarten

fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Unserer werten Kundschaft
zur Nachricht, daß wir den Vertrieb unserer Flaschen-
effige

Süß-Sur (gefärbter Einmacheeffig),
Essil (feinster Tafel-effig)
der Frau Albert Koch, Lübed.

übertragen haben.
Flaschen-Effig-Betriebsgesellschaft m. b. H.,
Hamburg. 8902

Kochvorführung

des neuen patentierten Sparherdes

„FOX“ 8891

vom 1. bis 6. Novbr. 1920 von 9-1
und 3-6 Uhr, Lübed, Breite Str. 83.

Entsprechend den gemeinsamen Beratungen mit der
Preisfestsetzungs-Kommission
haben sich die Mitglieder der hies. Textilgruppe bereit erklärt, der
minderbemittelten Bevölkerung
geeignete billige Waren zum Verkauf zu stellen, und zwar zu
Einstandspreisen, um so zur Linderung der Not und zum Aus-
gleich der Gegensätze beizutragen. Es wird erwartet, daß nur
die wirklich Bedürftigen von dieser Kaufgelegenheit Gebrauch
machen, ebenso hoffen wir, daß Großhandel und Industrie durch
gleiche Opferbereitschaft zur Verbilligung der Waren beitragen.

Textilgruppe Lübeck. 8068.

Eimerbier

jeden Dienstag. (8895)
Hermann Stamer.

Hängegäßl. z. verm. (8905)
Engelsgrube 70, H. I.

Die Kanzleien der unterzeichneten Lübecker Rechts-
anwälte sind von jetzt an außer am Sonnabend
auch am Mittwoch, nachm. von 2 Uhr an
geschlossen.

Dres. Benda, Vermehren, Hoffmann, Ewers;
Dres. von Broden, Jhde, Comie; Dr. Jod,
Dres. Geißler & Hahn; Dres. Göth, Müns,
E. Brehmer I, Hintelstein; Hach, Jode, Dr. Schmidt;
Hübner; Jacobsohn & Dr. Meyer; Dres. Köhler
& Uter; Dr. Koch; Dres. Landau & Roepert;
Steindörmer; Dr. Wittern, Schorer, Dr. Mund;
Wentowitz. 8896

Eiserne Oefen

für jeden Zweck zu günstigen Preisen.

Adolf Borgfeldt,
Mühlenstraße 36-44. Tel. 672. 8878

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Eimerbier

jeden Dienstag von 3-6 Uhr
8896) H. Bade.

Ich empfehle mein

Fuhrwerk

jeder Art.
C. Meyer, Krempeisdorf,
Dornbreite 8. (8900)

Pelze werden schnell u. billig umgearbeitet.

Minna Hurts

Schwarztauer Allee 96 a.

Verlobungsringe, 333, 588,
750 u. 900 gef.
Silberne 800 u.
verf. 90% gef.
Eh- u. Teelöffel
Eich-, Wand-
u. Wand-Uhren

Hochzeit- u. Patengesch. usw.
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Goldw.-Reparatur-Werkstatt
Willi Westfahl
32 Holsten-
straße 32

Freisw. Angebot!
Schuhcreme
100 Gr.-D. M. 1.00,
Schuhcreme
1/2-Dosen M. 4.00,
Böhnerwachs
1-Pfd.-D. M. 8.00,
Böhnerwachs
1/2-Pfd.-D. M. 4.50,
Sändl. u. Gauslerer
Vorzugspreise. (8906)
Geibelstr. 14.

Versammlung
am Mittwoch,
d. 3. Novbr.
7 1/2 Uhr
im Turnerheim
Die Posener Landsleute
werden hiermit zum Beitritt
freundlichst eingeladen. (8883)

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 2. Novbr.
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Vortrag über Zweck des
Bauarbeits- u. Genossen-
schaft. Referent Genosse
Gogowsky, Arbeiterreferen-
tär.
2. Stellungnahme und Be-
schlußfassung über den
gefallten Schiedsspruch.
3. Verschiedenes.
8899) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

8908
Ortsverwaltung Lübeck.
Lastarbeiter!
Versammlung
am Dienstag, 2. Novbr.,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Der Stand unserer Lohn-
bewegung.
Der Vorstand.

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 Uhr (8877)

Die Dollarprinzessin.
Operette von Leo Fall.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Zum letzten Male:
Zigeunerliebe.
Operette von Lehár.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Adolf Trimbora.
Die Czardasfürstin.

Stadttheater Lübed.
Dienst. B. D. u. G. B. i. S.
16. Max für Max. (8881)
Mittw. B. A. u. 7. B. i. S.
Kindertragödie.

Revolutionäre Justiz.

Ueber die Reformbedürftigkeit der Gerichtsbarkeit in Deutschland besteht keine Meinungsverschiedenheit. Das Gesetz sowohl wie das Richteramt haben in seiner gegenwärtigen Form abgewirkt. Die Frage ist nur, was an ihre Stelle zu treten habe. Als Reaktionserscheinung gegen die Mängel unserer Justiz, die als Klassenjustiz von der Sozialdemokratie jahrzehntelang gekennzeichnet und bekämpft wurde, macht sich in manchen Arbeiterkreisen, sowie sie politisch den Kommunisten und ihren „unabhängigen“ Freunden angehört, der Wille nach einer „revolutionären Gerichtsbarkeit“ bemerkbar. Wie diese in Wirklichkeit aussieht, darüber gibt uns Dr. Franz Rados Auskunft, der als ehemaliger „Präsident des Budapester Revolutionstribunals und Chef des Kriminalwesens während der Räteregierung in Ungarn“ — wie er sich stolz bezeichnet — gewiß als unverdächtig Zeuge angesprochen werden kann.

Das Ziel der marxistisch-sozialistischen Lehre ist bekanntlich die Überwindung des gegenwärtigen kapitalistischen Klassenstaates durch die Errichtung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft. Wie stellt sich nun der Verfasser der Schrift: „Revolutionäre Gerichtsbarkeit“ hierzu? Er kehrt nur ein Ziel, das er wieder und wieder hervorhebt: die Errichtung des proletarischen Klassenstaates. Mit erfreulicher Offenheit bekennet er:

„In jenen Staaten dagegen, in denen die Revolution des Proletariats siegte, in welchen in Gestalt der Diktatur des Proletariats der Staat den Klassencharakter offen annahm, offen ein Klassenstaat, der Klassenstaat des Proletariats wurde, sind die Gerichte offen und unverblümt proletarische Klassen Gerichte.“

Das ist wenigstens öffentlich gesprochen und hält sich von jeder Sentimentalität frei. Eine derartigen Bestimmungen des bürgerlichen Strafgesetzbuches, die von den Sozialisten mit besonderer Schärfe seit jeher bekämpft wurde, ist der Paragraph, nach dem die Verurteilung „wegen Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen und Aufreizung zum Klassenkampf“ erfolgen muß. Wie bestimmte nun der 94. Erlaß der ungarischen Räteregierung die Behandlung dieser Frage? Kurz und bündig heißt es im Wortlaut:

- „Insbesondere ist jeder vor das Revolutionstribunal zu stellen:
1. Der gegen die Räterepublik einen Aufstand führt oder sich mit einem anderen zu diesem Zwecke verbindet.
2. Der die Verordnungen des Revolutionären Regierungsrates oder der einzelnen Volkskommissare verletzt oder einen anderen hierzu auffordert.
3. Der gegen die Verordnungen der Räterepublik oder der Behörden aufreht.
4. Der irgend eine Behörde der Räterepublik, deren Mitglied oder Organe in ihrer amtlichen Tätigkeit hindert.“

Das heißt also: Die Bestimmungen der bürgerlichen Klassendiktatur wurde so gut wie unverändert auf die proletarische Diktatur übertragen. Das Ganze aber sollte die „Befreiung der Menschheit durch die Befreiung des Proletariats“ herbeiführen.

Nächst Klassenzielen gilt auch das „revolutionäre“ Strafrecht, dessen Aufgaben von Rados in folgender Weise bestimmt werden:

„Das Strafrecht der Proletarierdiktatur muß ein solches sein, welches die Diktatur des Proletariats, das Ansehen der proletarischen Einrichtungen und Beförden, die soziale Produktion gegen die Kanterevolution der Herren von sichern und ihrer Söldlinge, verteidigt. In dem Klassenstaate des Proletariats hat das Strafrecht die Aufgabe, die Herrschaft des Proletariats zu befestigen.“

Wenn der Verfasser der erwähnten Schrift am Schluß seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis kommt, daß die Einrichtungen der Proletarierdiktatur „nicht vollkommen“ waren, (die angewandten Strafen waren: Todesstrafe, Freiheitsstrafe, Zwangsarbeit, Vermögenskonfiskation, Verlust der politischen Rechte und Verweis, im Grunde genommen also die gleichen wie die der bürgerlichen Gerichte), so können wir dieses Urteil nur dahin ergänzen, daß die revolutionären Gerichte genau so wenig Existenzberechtigung haben, wie die gegenrevolutionären der Bourgeoisie.

Ueber die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung von Straf- und Sittensystem besteht in sozialistischen Kreisen kein Zweifel. Daß es aber auf diesem mehr als dilettantischem Wege nicht geht, das hat Ungarn und sein fürchtbarer Zusammenbruch schlagend bewiesen.

Die Veranlagungsergebnisse der Reichsfinanzämter.

Eine Denkschrift des Reichsfinanzministers.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift des Reichsfinanzministers über den Stand der Veranlagung und die Erhebung der Reichsteuern unter Beschränkung auf das Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern vorgegangen, deren Anlagen sehr interessante Aufschlüsse über Einkommens- und Vermögensverhältnisse der einzelnen Landesfinanzamtsbezirke des Reiches und damit der einzelnen Provinzen und Länder enthalten. Sie geben, obgleich es sich nur um vorläufige Zahlen handelt, immerhin ein Bild der Besitzverhältnisse inmitten von Krieg und Revolution.

Die vom Reichsfinanzminister veröffentlichten Zahlen bedeuten die vorläufigen Summen der Veranlagung zu den einzelnen Steuern. In der Einkommensteuer und ferner in der außerordentlichen Kriegsabgabe von Mehreinkommen und Mehrgewinn für 1919 steht Düsseldorf mit rund 542 Millionen beziehungsweise 231½ Millionen Mark an der Spitze der deutschen Finanzämter. In der Kriegsabgabe von Vermögensabgabe indessen steht es mit 575 Millionen Mark hinter Leipzig mit 640 Millionen Mark und Karlsruhe mit 600 Millionen Mark erst an dritter Stelle. In ihrem Einkommenssteuerertrage werden hinter Düsseldorf nach den Zahlen ihrer Veranlagung erzielten Münster 520 Millionen, Breslau 516 Millionen, Groß-Berlin (an vierter Stelle), 460 Millionen, Hannover 350 Millionen, München (an sechster Stelle) 300 Millionen, Würzburg 297 Millionen, Stuttgart 278 Millionen, Köln (an neunter Stelle) 278 Millionen, Kassel 268 Millionen, Leipzig (an erster Stelle) 242 Millionen, Nürnberg 231 Millionen und Karlsruhe 229 Millionen. Die nicht angeführten Uemter bleiben dann hinter den genannten zum Teil erheblich zurück.

Wesentlich anders ist die Reihenfolge bei einer Aufstellung nach den anderen großen Steuern, deren Veranlagung bereits abgeschlossen ist.

In den Kriegsabgaben von Mehreinkommen und Mehrgewinn folgt auf Düsseldorf mit 232 Millionen, das, wie erwähnt, auch hier an erster Stelle steht, Groß-Berlin mit 203 Millionen, Köln mit 153 Millionen, Karlsruhe mit 150 Millionen, Münster mit 143 Millionen, Leipzig mit 144 Millionen, Stuttgart mit 137 Millionen, München mit 126 Millionen und Breslau mit 113 Millionen Mehreinkommen.

Für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nimmt Leipzig mit 640 Millionen Mark veranlagte Kriegsabgabe weitaus die erste Stelle ein. Es folgt Karlsruhe mit 600 Millionen, Düsseldorf mit 575 Millionen, Köln mit 576 Millionen, Münster mit 550 Millionen, Hannover mit 387 Millionen, München mit 378 Millionen, Brandenburg mit 362 Millionen, Groß-Berlin (erst an neunter Stelle) mit 352 Millionen, Breslau mit 325 Millionen, Königsberg mit 335 Millionen und Darmstadt mit 304 Millionen.

Die Zahlen dieser Aufstellung eröffnen selbstverständlich eine Reihe ganz interessanter Schlüsse, z. B. hinsichtlich der Stellung der landwirtschaftlichen Provinzen, der Abwanderung gewonnenen Kapitals vom Ort des Erwerbs und dergleichen mehr.

Aus dem Bericht des Reichsfinanzministers selbst verdienen folgende Bemerkungen Erwähnung: Bei den Aufstellungen über die Einkommensteuer mußten im allgemeinen die auf Gehälter und Löhne entfallende Steuern, die in der Form des Gehalts- und Lohnabzuges erhoben werden, unberücksichtigt bleiben. Es ist zurzeit nicht feststellbar, wie hoch die hierauf entfallenden Beträge sind. Bei der Berechnung der Kapitalertragsteuer, die bei der Zahlung von Zinsen usw. erhoben wird, liegt ein richtiges Bild vom tatsächlichen Aufkommen der Steuer noch nicht vor, weil ein großer Teil der von den öffentlichen Schuldenverwaltungen zurückbehaltenen Steuerbeträge noch nicht verrechnet ist. Das Veranlagungsgeschäft für Reichsnotopfer und Besitzsteuer schreitet infolge der Schwierigkeiten der Prüfung der Steuerklärungen nur langsam vorwärts. Ein im Reichstage in Kürze vorzuliegender Gesetzentwurf soll eine beschleunigte vorläufige Veranlagung möglich machen. Eine Verlängerung des Termins, zu dem Kriegsanleihe zum Nennwerte auf das Reichsnotopfer in Zahlung gegeben werden kann, über den 31. Dezember 1920 hinaus ist keinesfalls beabsichtigt.

Sehr im Druck befindet sich der Reichsfinanzminister nach den Mitteilungen des Berichtes offenbar in der Erhebung der Erbschaftsteuer. Die Bearbeitung der Erbschaftsteuer ist während des Krieges durch Einziehung und Verlust eines guten Teiles der Beamten bei gleichzeitiger Vermehrung der Erbschaftsteuerfälle arg in Unordnung geraten. Das neue Erbschaftsteuergesetz vom 10. September 1919 hat die Zahl der steuerpflichtigen Fälle vervielfacht, dazu traten die Störungen im Geschäftsbetriebe, die mit der Neuorganisation der Behörden verbunden waren.

Mit den einseitigen Ergebnissen der Umsatzsteuer ist der Minister zufrieden. Die Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs hat wegen Unzulänglichkeit der eingelaufenen Steuerklärungen und Überlastung der Reichsfinanzämter große Schwierigkeiten gemacht. Die Veranlagung zur Abgabe konnte meist erst im dritten Viertel des Kalenderjahres 1920 durchgeführt werden. Ähnliches gilt für die Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919. Das Ergebnis der Stempelsteuer ist günstig. In ihren Erträgen spiegeln sich die zahlreichen Kapitalserhöhungen, die durch die Entwertung des Geldes verursacht worden sind.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 1. November.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Lübeck.

- Programm für November.
Donnerstag, 4. November: Vortrag: „Leitung und Wirtschaftsordnung.“ (Genosse John.)
Sonntag, 7. November: Streifzug durch die Ballinger Heide. Treffpunkt 12 Uhr Endstation Linke 1, Roedstraße (Urninstraße.)
Donnerstag, 11. November: Vortrag: „Genossenschaftswesen.“ (Genosse Göhr.)
Sonntag, 14. November: Zwanglose Zusammenkunft. (7 Uhr im Gewerkschaftshaus.)
Donnerstag, 18. November: Vortrag: „Zunftwesen und Zunftgewerbe.“ (Lehrer Warnke.)
Sonntag, 21. November: Bunter Abend. (7 Uhr im Gewerkschaftshaus.)
Donnerstag, 25. November: Vortrag: „Parlamentarische Geschäftsordnung.“ (Genosse Geißler.)
Sonntag, 28. November: Spielabend. (7 Uhr im Gewerkschaftshaus.)

Die Vorträge finden stets 1/8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Alle Parteigenossen und -genossinnen, die an den Vorträgen interessiert sind, laden wir hierdurch ein. Insbesondere seien die jungen Mitglieder der Partei auf unsere Veranstaltungen aufmerksam gemacht. Anmeldungen werden jederzeit angenommen. Der Arbeitsauschuß

Das Seeamt verhandelte am Donnerstag über die Strandung des Seglers „Polarstern“, in Hamburg beheimatet. Das Schiff fuhr am 21. Dezember v. J. von Stade mit einer Salzladung, die für Nalborz bestimmt war. Unterwegs trat starker Sturm und heftiges Schneetreiben ein. Plötzlich bemerkte man, daß das Schiff dem Lande ganz nahe gekommen war. Um ein Auslaufen zu verhindern, wurden die Anker ausgeworfen. Bald aber rissen die Ankerketten und der Segler geriet auf Grund und wurde von der See überflutet und mit einer sich immer stärker bildenden Eisschicht bedeckt. Der Unfall wurde telegraphisch der Reederei gemeldet. Am 4. Januar gelang es, die Ladung zu bergen und das stark beschädigte Schiff in den Hafen vor Marstrand zu schleppen. Nach erfolgter Reparatur setzte der Segler Anfang März die Reise fort und kam bald darauf in Nalborz an. Am 22. Juli d. J. strandete das Schiff abermals, als es mit Kalksteinen beladen nach Riklania unterwegs war. Ein starker Wellsturm war aufgetreten und der Kapitän beschloß, in Hornbätt-Haff vor Anker zu gehen. Bei der Ausweichung eines auf dem „Polarstern“ zukommenden Seglers kam das Schiff auf Grund und wurde abermals stark beschädigt. Herbeigeeilte Bergungsdampfer machten das Schiff bald wieder flott. Der Reichskommissar führte beide Unfälle auf das schlechte Wetter zurück; dem Kapitän trifft keine Schuld. Das Seeamt kam zu dem gleichen Urteil und gab dem Führer des Seglers, Kapit. Soltan, der sein Patent abgegeben hatte, das Patent zurück.

Ein bunter Ernst-Albert-Abend findet am Dienstag, dem 2. November im Marmoraal statt. Zur Aufführung gelangt auch eine komische Kindertragödie, in der die Kinder des Verfassers mitwirken.

ph. Diebstähle. In der Nacht zum Freitag sind aus einer Kolonialwarenhandlung in der Reiterstraße 10 Pfund Butter, 22 Pfund Tafel, 100 Schachteln Streichölzer, 50 Päckchen Puddingpul-

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

83. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Die Frau stand langsam auf und sah den Mann an und schritt auf ihn zu.
Er sah sie stark an: Das soll dir gestanden sein in dieser Stunde, und ob meine Worte wie glühende Geißelstriche treffen: Mein köstliches, blindes Herz lagte in lichten Klammern um dich, meine Liebe war um dich und hat dich getragen in jenen weichen Tagen, und mit freudigen, überwollendem Herzen hat sie neben dir vor dem Altar gestanden. Und mußte doch stumm bleiben und warten, daß sich auch in dir ein Klämmlein rege und zu dem meinen herüberlagte!
Barmherziger Vater! schrie die Frau auf. Sie taumelte und ihre Hände griffen ins Leere. Er hing sie auf; erhielt sie an sich. So dicht hat meine Liebe vor dir gestanden in schönen und schamhaften Stunden, aber du hast sie nicht sehen und annehmen können und mir leide die Hand entzogen, an der ich dich hielt. — Und ich habe geharrt die Jahre hindurch, und dann habe ich verschlossen und in den dunkelsten Tiefen meines Herzens versteckt gehalten, was dein sein sollte; und habe immer gemeint, es müsse noch ein Stündlein kommen; aber da ist keines gekommen. — Aber jetzt will ich alle Brannen fließen lassen, und ohgleich jedes Tröpflein wüchse zu einem Strome und mir die Wasser bis an den Hals fließen — und er hielt seine Augen dicht vor die ihren: Da keh, ob ein Falch in mir ist, ob je eine Liebe größer und treuer war, denn die meine!
Da fiel die Frau schluchzend und zitternd zu seinen Füßen: Ich habe dir eine treue Magd sein wollen, mehr meinte mein zer schlagen Herz nicht wert zu sein. Ja, und du sagst wahr, eine Liebe ist in mir gewesen, und die hat mich hoch gehalten; aber darf sich die Liebe einer Magd seinem Herrn zeigen? Du standest so rein und hoch; ich hatte nicht den Mut, nach einer Krone zu langen, und hab mir's versagt und hab' Schweigen müssen!
Da rief sie der Mann hoch; ein Jubel schrie: Weißt du, daß das wahr?
Und sie: So wahr und hellia wie meine Liebe!

Schon hielt der Mann sie in seinen Armen; ihre Augen brannten ineinander, und nun fanden sich ihre heißen Lippen zum ersten innigen Kuß.
Pfeife! —
Liebster!
Nun hat alle Not ein End!
Ja, nun hat alle Not ein End! . . .
Da riß ein heller Lärm sie auseinander. Die Pflanzlocke wette, als schrien und rüttelten hundert Klöppel in ihr.
Mit wenigen Sprüngen stand Schröder draußen am Ufer. Die Fähre trieb langsam in der Mitte des Flusses, führerlos.
Das Kind! schrie Schröder, wo ist das Kind? Seine Augen stachen in die Dämmerung.
Gertrud! — Gertrud!
Da, da! rief eine Stimme aus dem Wasser.
Zwei kräftige Arme stießen und wiesen stromabwärts — da trieb ein Cimas.
Stiefel und Jacke flogen in den Sand. — Nun rang der Vater mit den Wassern um das Leben seines Kindes.
Hier rief der Ingenieur. — Halt!
Er hielt die Leblole vor sich her. Da griff Schröder zu. Sie brachten das Mädchen ans Land. Wie ein schweres, nasses Bündel hing sie dem Vater im Arme, da er sie dem nahen Hause zutrug.
Die Mutter war ihnen entgegengekommen. Nun schritt sie nebenan und hielt die Hand ihres Kindes.
Der Ingenieur ging hinterdrein. Vor dem Hause blieb er stehen.
Großer Gott! bestien und beteten die Lippen der Frau. Nimm mein Leben, aber laß ihm das Kind!
So grausam kann kein Gott sein, sagte Schröder, oder ich stieg in die Himmel und ränge mit ihm um das Leben!
Da er das Mädchen ins Haus tragen wollte, bat der Ingenieur: Lassen Sie mich hier warten, bis ich weiß, wie's um sie steht!
Nun müssen Sie wieder mit hineinkommen, sagte Schröder. In der Stube legte er das Mädchen behutsam auf den Boden, rief ihr die Kleider von der Brust und legte sein Ohr an die Stelle, da ein Herz seinen Schlag tun mußte.

Tiefe, bange Stille — du hörst das Wehen der Welt und den Sang der Sterne, du lauschest in die schweigenden Ewigkeiten und harret eines Wortes, das dir zum Urteile wird für Leben und Tod. Und steht und weilt, gleich wird ein Dagner dich niederwerfen oder ein Jubel dich hochreißen! — Und die Minuten fallen wie Tropfen ins Meer der Ewigkeit. —
Da bricht ein Schluchzen von der Erde auf — „Sie lebt!“ ruft es.
Und der Mann liegt und weint über ein wiedergewonnenes Leben, das Leben seines Kindes.
Und Mann und Frau liegen sich in den Armen und wissen kein Wortlein zu sagen.
Da sie dann ausschauten, war der Ingenieur schweigend hinausgegangen.
Und dann haben die zwei am Bett des Mädchens gesessen, Hand in Hand und haben gewartet, daß ihm das Leben wieder die Augen aufstue.
Da blühte eine feine Rüte auf den Wangen, da haben sich die schweren Lider. Zwei verwirrte Augen fanden sich nur schwer zurecht, und sahen die Eltern Hand in Hand und sahen ein Leuchten in den Augen.
Mutter! — Vater! — Ach, mein Kopf!
Still, Kind, nun ruhe. Stehe, wir drei sind alle auf ihren Wegen gewesen, und nun haben wir uns auf einem gemeinsamen Wege zurückgefunden in Glück und Frieden!
In Glück und Frieden, murmelte das Kind, ihre Augen stießen wieder zu, und nur ein leises Lächeln umsonnte ihre blauen Lippen.
Sie wird sich gesund schlafen, sagte Schröder froh, morgen, da die Sonne aufgeht, haben wir unser Kind wieder. Und dann müssen wir begraben und vergessen, was hinter uns liegt, und wollen mit der neuen Sonne einen neuen Tag beginnen. — Das Leben ist an uns vorbeigerührt, wir haben es nicht zwingen können, nun wollen wir es vereint fassen und halten und seine Wunder und Köstlichkeiten trinken.
Die Frau lehnte mädchenhaft, im vorempfindenden Glücksgefühl der kommenden Tage, ihren Kopf an seine Schulter: Mann, du mein lieber Mann!
(Schluß folgt.)

bei und 12 Weibknoten gestohlen worden. — Vom Fluß eines Saules in der Travekmannstraße wurde ein Fahrrad, Marke Stenvers Greif, gestohlen. Eine Belohnung von 300 Mk. ist ausgesetzt.

pb. Wegen schweren Diebstahls zur Anzeige gebracht wurde eine im Steinradweg wohnhafte Witwe und eine in der Gr. Petersgrube wohnhafte Ehefrau. Beide hatten sich in das Produktlager eines Kaufmanns in der Gr. Petersgrube einschließen lassen und versucht, eine größere Menge Wollwampen und Pferdehaare von namhaften Werten zu stehlen. Während der Tat wurden sie aber von dem Geschäftseigentümer überrascht.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. An alle Arbeiterjungen und -Mädels! Euch allen, Ihr Arbeiterjungen und -Mädels, die Ihr dem Arbeiterjugendverein noch fernsteht, rufe ich zu: Schließt Euch dem Arbeiterjugendverein an! Der Arbeiterjugendverein ist eine Organisation, die Euch zur Selbstständigkeit erzieht, Euch zu Freiheit und Wahrheit führen und Euch mit dem Geiste der Solidarität erfüllen will. Das Streben nach Freiheit und Wahrheit soll unsere Aufgabe sein. Wenn Ihr dieses erkannt habt, so werdet Ihr fest und mutig zu Eurer Ueberzeugung stehen und stets dabei sein, wenn es gilt, für große Ziele zu kämpfen. Ob wir nun junge Hand- oder Kopparbeiter sind, das spricht in diesem Kampfe gar nicht mit. Die Hauptsache ist, daß wir viele unsere Aufgabe auch voll und ganz verstehen und vor jedem Mann vertreten. Muß es für Euch nicht eine große Freude sein, mitzuwirken, mitzuhelfen an dieser großen Aufgabe? Darum, Ihr jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, tretet ein in die Gemeinschaft der Arbeiterjugend! Es muß für Euch eine Ehrensache sein, dem Arbeiterjugendverein angehörend zu dürfen. Haben sich nicht selbst Eure Meister, Lehrherren oder Unternehmer in Organisationen zusammengeschlossen? Und sie wußten wohl, warum sie es taten. Als ein einzelner ist der Mensch ein Nichts. Im Verein mit anderen aber bildet er eine Macht; eine Macht, mit der der Arbeitgeber nicht machen kann, was er will. Diese Macht ist um so stärker, je fester die einzelnen zusammenstehen, und je fester der gemeinsame Wille ist, der uns alle befehlt. Einer für alle, alle für einen. Man versucht, Euch zum Beitritt in die bürgerlichen und christlichen Vereine, wie Jünglings- und Jungfrauenvereine zu bewegen. Diese Vereine arbeiten mit Mitteln, die wir als eine Gemeinschaft der Arbeiterjugend nicht anerkennen können. Als junge Arbeiter und Arbeiterinnen werdet Ihr wohl wissen, daß Ihr nicht in diese Vereine gehört. Für Euch darf es nur den Arbeiterjugendverein geben. Der Arbeiterjugendverein bietet Euch alles, was Euren Interessen entspricht: Rat und Hilfe in allen Euren Angelegenheiten des Berufs- und Arbeitsverhältnisses, Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung des in der Schule nur so mangelhaft erlernten Wissens, Spiel und Unterhaltung, Gelegenheit zur sportlichen Betätigung und vor allem Dingen zum Wandern, freundschaftlichen Umgang mit gleichgesinnten Alterskameraden und -kameradinnen. Außerdem erhaltet Ihr für den geringen Beitrag, den Ihr bei uns zu zahlen braucht, die „Arbeiter-Jugend“, unsere Jugendzeitung, die alle 14 Tage erscheint und eine reiche Fülle interessanter Les- und Unterhaltungsstoff bringt. Wer von Euch möchte da noch zurücksehen? Euch allen, ob Ihr Junge oder Mädchen seid, rufe ich zu: Werdet Mitglied des Arbeiterjugendvereins!

Der Arbeiterjugendverein Schwartau. J. A.: Ernst Maht.

Kiel. Eine zeitgemäße Partei. „Die Rendsburger“, oder, wie sie sich offiziell nennen, die „Schleswig-Holsteinische Landespartei“, hielten in Kiel eine kleine Versammlung ab, in der sie manches Interessante auszuwählen. Als Redner war der Abgeordnete, Hofbesitzer Koerlin-Mundtrapp erschienen, dem Preußen, und besonders Berlin, die Wurzeln alles Übels sind. Daß die Herren von der Deutschen Republik los wollen, bekreien sie jetzt, nachdem die Ausfahrten, vielleicht unter englische Oberhoheit zu kommen, merklich geklungen sind. Sie wollen nur von Preußen los sein und staatliche Autonomie für Schleswig-Holstein haben. Am liebsten eine unabhängige Bauernrepublik mit einem Sacheldrecht umgeben. Ein dieses Freundschaftsverhältnis besteht besonders zwischen den Rendsburgern und den Meßenern. Herr Koerlin sagte auch, daß der Grundsatz der Partei lautet: Jedem das Seine, aber nicht etwa jedem das Gleiche. Da liegt der Hase begraben. Was die Herren an dem neuen Preußen-Deutschland besonders auszusetzen haben, ist die durch die Verfassung garantierte politische Gleichheit, die sie in unserer Provinz gar zu gern wieder abschaffen möchten. In Bayern leben sie, daß auch innerhalb des Deutschen Reiches ein Staat sich reaktionär umgeben kann, und so müßten die Rendsburger auch gern für Schleswig-Holstein eine ähnliche Autonomie, wie sie gegenwärtig die süddeutschen Staaten besitzen. Die Hauptsache ist ihnen, jeglichen sozialistischen Einfluß auszuschalten. Besonders die sozialistischen Landräte, von denen wir in der Provinz von 21 gerade drei haben (zwei kommissarische und ein bestelliger), erregen das Verlangen der Rendsburger im höchsten Grade. Im übrigen bekämpfen sie, daß sie in punkto reaktionärer Stimmung mit den übrigen bürgerlichen Parteien konformieren können. Von der Deutschen Volkspartei trennt die Schleswig-Holsteinische Landespartei lediglich der unitarische Gedanke. Mit den Demokraten sympathisieren sie, insofern diese die Demokratie ablehnen. Mit dem Flügel unter der Führung des „Kielener Tagesblattes“ und der „Kranfurter Zeitung“, jener Richtung, welche Wert darauf legt, auch demokratisch zu sein, wollen sie nichts zu tun haben. Die Scheindemokraten aber sind ihnen lieb und wert.

Kiel. Maßnahmen gegen den Kartoffelmisbrauch hat der Landrat des Kreises Bordesholm ergriffen. Er hat die Kartoffelbesitzer des Gutsbesitzers Claßen-Bledsagen enteignet, da dieser Kartoffeln nicht unter 33 Mark verkaufen wollte. Das Vorgehen des Landrates, der nach seiner Erklärung gegen jede Ueberbörzung und wucherische Ausbeutung einschreiten will, ist nur zu begrüßen.

Hamburg. Eine Mieterdemonstration mit Musikbegleitung. Zwischen Mietern und Hauswirten besteht längst ein harter Kampf; der Hauswirtsverein beabsichtigt eine 10proz. Mietererhöhung. Der Hamburger Mieterverein hielt eine geschäftig vorbereitete Veranstaltung ab, die in einer öffentlichen Kundgebung auf dem Edermarkt gipfelte. Unter Musikbegleitung wurden Umzüge in allen Teilen der Stadt veranstaltet. Bei dem Edermarkt sprachen der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Mieterverbandes, Stadtratsmitglied Mallwig-Kiel, und der Stadtratsmitglied Jelske-Kiel, sowie der Vor-

sitzende des Hensburger Mietervereins, Heyden. Im Schluß der Versammlung, die durchaus ruhig verlief, wurde eine allgemeine Entschiedenheit angenommen, die die Ansprüche des Mietervereins zum Ausdruck brachte. Hierauf wurde unter Musikbegleitung ein Umzug vom Silbermarkt nach dem Nordertor veranstaltet, dem sich die meisten Teilnehmer unter einer großen Kinderkchar angeschlossen. Am Nordertor löste sich die Versammlung ruhig auf.

Kostock. Ein neuer Rittertanz für Mecklenburg. Unser Kostocker Bruderblatt berichtet, daß der Kobellenführer Kobbach beim Reichwehrcorps in Potsdam zur Entlassung kommende Mannschaften anwirbt, die für den Schutz der Gärten in Mecklenburg verwandt werden sollen. Es würden etwa 2000 Mann benötigt. Voraussetzung für die Anwerbung ist treue vaterländische Gesinnung. Als Entschädigung bekommen sie monatlich 360 Mark bei freier Station und Wohnung. Kobbach sagte, seine Leute hielten wie die Teufel zusammen und seien durch nichts auseinanderzubringen. Das sei bei der übernommenen Aufgabe auch Notwendigkeit. Schneller Entschluß sei dem einzelnen ums nennender, als die Landarbeiter zum 1. November ihren Tarif gefordert haben. (Schluß ist das total falsch. Von einer Kundgebung ist gar keine Rede. Es schweben zurzeit nur Verhandlungen über den Tarif.) Die Leute hätten nun die Aufgabe, in Trupps von 20 bis 30 Mann, geführt von einem Offizier, den Schutz zu übernehmen. Waffen würden dafür nicht geliefert, doch würde jeder Mann mit Gummiknüdel und Schlagring ausgerüstet, um so imstande zu sein, auffällige Landarbeiter abzuwehren. — Kobbach ist in der Öffentlichkeit noch gut bekannt. Er hat im Herbst vorigen Jahres, dem Befehl Noskes trocken, das Kaiserbataillon Cuxine und Teile des Infanterie-Regiments 21 in Thorn zur Meuterei veranlaßt und ist mit diesen Truppen über die Grenze ins Baltikum geflohen. Dort hat er der Regierung durch einen Aufruf den Kampf angefaßt, sie beschimpft, als aber das Bataillon abenteuer aufgelöst wurde, konnte er unbehelligt nach Deutschland zurückkehren. Hier stellte er, von der Regierung befehlet, eine erste Formation auf, die am 13. März in Berlin für Kampfmittel Kobbach ist also ein mit allen Wassern gewaschener Patriot, auf den die Junker rechnen können.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Reichstagskandidaten. In einer Konferenz des ersten Unterbezirks des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Schleswig-Holstein wurden als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl vorgeschlagen: Dr. Adolf Köster (der frühere Staatskommissar für Schleswig und Reichsminister des Bauern) und Nielsen-Weiderland, als Ersatzmann Daberland-Holtenburg. Der bisherige Abgeordnete Michelsen-Holtenburg hat eine Wiederwahl abgelehnt.

Reich und Ausland.

Ein unliebsamer Vorkämpfer. Aus Oestrich (Rheinland) wird berichtet: Der Hofratsrichter Schulte hat sein Amt als Vorkämpfer der Rheinischer Bauernschaft niederlegen müssen, weil er angeregt hatte, sich mit Rücksicht auf die gute Ernte mit einem Preis von 20-25 Mark für den Zentner Kartoffeln zu begnügen. Jetzt hat Schulte bekannt gemacht, daß zu dem erwähnten Preise zunächst 90 Zentner Kartoffeln bei ihm zu haben sind.

Theater und Musik.

Der Lübecker Lehrer-Gesangverein gab Freitagabend im Kolloseum sein erstes Konzert in diesem Winter. Eine besondere Note erhielt es durch die Mitwirkung von Professor Hermann Lafont (Klavier) und Laura Heibling-Lafont (Violine). Professor Lafont spielte Robert Schumanns „Karnaval“, der während einer vorübergehenden Neigung des Komponisten zu Ernestine von Friden aus Alß in Böhmen entstanden ist. Die vier Notizen a, es, c, h spielen denn auch eine recht erhebliche Rolle in dem lustigen Faschingsstübel, während sich in dem Marsch der Davidsbündler gegen die Philister Schumann unter Anlehnung an die Melodie zu „Wie der Großvater die Großmutter nahm“ über alle Bananen und Philister höchst ergötzlich lustig macht. Professor Lafont spielte den „Karnaval“ mit jener Zartheit im Ausdruck, die der Schumannschen Musik so wohl ansteht. Ein Nocturne von Scriabine gab dem Klaviervirtuosen Gelegenheit, da es nur für die linke Hand geschrieben ist, seine außerordentliche technische Fähigkeit zu beweisen. In der Violinschen „Etude“ war mir der Ton zu metallisch, zu blechern; ich will es dahin gestellt sein lassen, inwieweit der Hoch-Nikol, den Lafont benutzte, daran schuldig war. In der Violinschen Kapodie (Nr. 12) vermehrte ich den ungarischen Paprika und das rechte Feuer. Frau Heibling-Lafont spielte das Mendelssohnische Konzert in G-Moll mit Geschick und Geschmack und verstand es besonders im dritten Satz, einem Vivace, ihrer Geige Töne von größter Rundung und plastischer Fülle zu entlocken. Die „Erinnerung an Moskau“ von dem schlesischen Geiger Wieniawski, Chopins „Nocturne“ in Wilhelmshäger Aufmachung und die Herrentänze Paganinis gaben der Gegenkünstlerin Gelegenheit, ganz besonders ihr technisches Können zu zeigen. Sie erwies sich als ein starkes Talent und fand denn auch bei dem Publikum, das den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte, starken Beifall; wer jedoch schon von anderen Virtuosen die Herrentänze gehört hat, weiß allerdings, daß sich aus ihnen noch weit mehr herausholen läßt. Die Chöre, welche der Lehrer-Gesangverein unter seinem Vorkämpfer Karl Mann-Faedi zu Gehör brachte, waren zumeist ernst, getragenen Inhalts und unterrichteten die Zeit von Haydn bis Hegar. Als Fanfare wirkte Kofers Lied vom deutschen Rhein in der Vertonung Robert Schumanns. Einen gemüthvollen Ausklang fand das Konzert in einigen Volksliedern, für Männerchor von Othervan bearbeitet. Wie immer wurden alle Chöre vom Lehrer-Gesangverein mit großer Präzision und in feinsten Nuancierung zum Vortrage gebracht. Im Tenor machte sich eine etwas schwache Besetzung bemerkbar; die Tenoristen sind heute dünn gesät.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Gingelant.

Schmer leiden die Buchdrucker-Gehilfen unter der Arbeitslosigkeit, z. B. arbeiten in Lübeck von 200 nur 109 voll, und über

20 sind arbeitslos. Außerdem arbeitet eine ganze Anzahl in anderen Berufen. Und wenn man weiß, wie die Behörden angewiesen sind, bei den Druckereien zu sparen, wie jede Behörde einen Betriebsfähigkeitsapparat besitzt, auf dem die Sachen abgefaßt werden, die früher in die Druckereien gegeben wurden, wenn man fernher liest, wie der Wortführer der Bürgerkammer auf die hohen Kosten der Drucklegung der Neben hinweist, so ist damit zu rechnen, daß auch in naher Zukunft im Buchdruckergerber wenig erfreuliche Arbeitsverhältnisse vorherrschend sein werden. Kein Hoffnungsstrahl erhellt das Dunkel. — In einem Artikel im hiesigen „Gen.-Anz.“ wurde dieser Tage über die „hohen Löhne“ im Buchdruckergerber gemault. Das gibt mir willkommenen Anlaß, darauf aufmerksam zu machen, daß gerade die Buchdrucker im „Gen.-Anz.“ weniger Einkommen haben, als alle andern arbeitenden. Gerade diese Firma hat es verstanden, ihren Gehilfen eine verkürzte Arbeitszeit aufzuzwingen. Von dieser verkürzten Arbeitszeit trägt laut Tarif 1/4 die Firma, 3/4 der Arbeiter, das macht für jeden Gehilfen 15 Mk. die Woche weniger, als nach Tarif zu zahlen wäre! Was das für einen Familienvater bedeutet, der nun nach allem Abzug mit rund 170 Mk. nach Hause geht, kann sich jeder ausmalen. Aber die Firma, die über die „hohen Löhne“ schreit, spart dadurch jede Woche 645 Mk. — ein zwelfspaltiges tägliches Inserat in Höhe von 18 Zeilen. Ich habe das Gefühl, daß es der Firma nicht so schwer fallen würde, diesen Verlust zu tragen, wie dem Arbeiter die 15 Mk. bei einem Lohn, der nicht einmal für Essen und Trinken ausreicht, geschweige denn für Kleidung usw. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Behörden hinweisen auf die große Notlage im graphischen Gewerbe durch den Mangel an Arbeit, und daß die Neigung zum Sparen an Druckereien ganz allgemein die Existenz und Kaufkraft eines nicht unwesentlichen Teiles der Angehörigen des graphischen Gewerbes mehr und mehr untergräbt. Der Geschäftswelt aber möchte ich zurufen, daß geschmackvolle und zweckmäßige Geschäftsdrucksachen schon vor dem Kriege auf die Rundschaft aller Produktions- und Handelszweige den Eindruck besonderer Leistungsfähigkeit gemacht haben. Diese werbende Kraft liegt auch heute noch in jeder guten Drucksache. Und jeder Arbeitslose, der dadurch wieder festen Boden unter die Füße bekommt, stellt einen Gewinn für unser Wirtschaftsleben dar.

Eingelant.

In der von den Eisenhändlern eingelanteten Notiz im Sprechsaal der Donnerstags-Nummer wird die herrschende Teuerung einseitig den Fabrikanten als Schuld zugeschoben. Ich will die Fabrikanten gemiß nicht in Schuld nehmen, doch bitte ich den Verein um geist. Aufklärung des Folgenden: Im August d. J. (das genaue Datum war auf dem Zettel unleserlich) mußte ich, leider, einen neuen Fensterkasten kaufen. Also ging ich in ein bekanntes Geschäft am Markt. Da man zweckmäßig Preis „en gros“ kauft, wollte ich mir gleich ein halbes Duzend besagter Kasten zulegen. Angehts des Preises von 3,50 Mk. per Stück (Vorkriegspreis: 2-6 Pfennig) beantragte ich mich mit einem Paar. Beide Kasten gerbrachten beim Einschlagen in halbvermorschtes Holz wie Glas. Bei einem anderen Händler (dieser Firma will ich nicht verraten; vielleicht hat sie sonst Unannehmlichkeiten zu befürchten oder ich könnte verdächtigt werden, Neklame zu betreiben) kaufte ich dann besseren und stärkeren Ersatz für 70 Pfennig das Stück. Leider habe ich mir nur diesen einen Fall in bezug auf Preisunterschiede genannt u gemerkt; tatsächlich habe ich mehrere ähnliche oft genug erlebt. — Genügt denn nicht das 12-35fache des Friedenspreises? Müssen es stets 60-175mal so viel sein? Hi.

Devisen-Kurze.

Hamburg, 30. Oktober.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
	30. Okt.	29. Okt.	
Holland	100 fl.	2832 1/2	2427 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1042 1/2	1087 1/2
Stockholm	100 Kr.	1485	1517 1/2
Kristiania	100 Kr.	1027 1/2	1070
Helsingfors	100 Finn. Mk.	—	180
Schweiz	100 Frs.	1217 1/2	1257 1/2
Wien (alt)	100 S.	—	26
do. (neu)	100 S.	24 1/2	—
Budapest	100 S.	—	—
Prag	100 S.	87 1/2	88
Spanien	100 Ptas	1057 1/2	1080
London	1 £	264 1/2	274 1/2
Paris	100 Frs.	492	414 1/2
Belgien	100 Frs.	519 1/2	544 1/2
Italien	100 Lire	287 1/2	310
Bukarest	100 Lei	—	—
R. Post telegr. Ausz. 1 Doll.	—	76 1/2	78 1/2
do. briefl. Ausz. od. Sched	—	76 1/2	78 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit	Lage	Std.
Angelkommen am 30. Oktober.							
G.		Helene	Schmetlau	Räffö	5		
D.		Orange	Dagener	Hamburg	2		
D.		Odin	Oberg	Stockholm	2		
Angelkommen am 31. Oktober.							
D.		Eric	Oblson	Rostock	6		
D.		Esanen	Steenfeld	Kopenhagen	1		
G.		Frid	Bergson	Rostock	6		
D.		Fris	Bergström	Wasa	3	12	
Angelkommen am 1. November.							
D.		Regalencasischer Bufe	Ogelöfund		2		



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.
100000 fach bewährt
Kukirol - Preis M 3 -
In Apotheken u. Drogerien erhältlich



Waschen Sie auch richtig?

Einweichen mit Dr. Gentner's Rotstern-Bleichsoda. Alsdann Einlegen in Dr. Gentner's Salmiak-Terpenfin-
Seifenpulver
Der Schmutz löst sich von selbst. — Die Wäsche wird geschont!
Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württemberg)